Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/2245

Sachgebiet 75

Vorblatt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 4. März 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherten Urans

(Gesetzentwurf der Bundesregierung)

A. Problem

Zur Sicherstellung der Versorgung deutscher Reaktoren mit angereichertem Uran sind Maßnahmen notwendig, die sicherstellen, daß gegen Ende der 70er Jahre eine hinreichende Anreicherungskapazität zur Verfügung steht und eine größere Unabhängigkeit von Lieferungen aus dem Ausland erreicht wird. Wegen des gleichgerichteten Interesses anderer europäischer Staaten sind die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und Großbritannien am 4. März 1970 übereingekommen, die bisher parallel betriebenen Arbeiten bei der Entwicklung und Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Urananreicherung nunmehr gemeinsam fortzusetzen.

B. Lösung

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/2245

Sachgebiet 75

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (III/1) — 27220 — Üb 1/71

Bonn, den 4. Juni 1971

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 4. März 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherten Urans

mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens in deutscher, niederländischer und englischer Sprache sowie die Denkschrift zum Übereinkommen sind beigefügt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern für Bildung und Wissenschaft und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 367. Sitzung am 4. Juni 1971 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Brandt

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger,
53 Bonn-Bad Godesberg 1, Goethestr. 54, Postfach 821
Telefon 6 35 51

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 4. März 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherten Urans

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Almelo am 4. März 1970 unterzeichneten Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherten Urans wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel XII Satz 3 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel XII Satz 3 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Auf Grund des Übereinkommens über die Gaszentrifugen-Entwicklung erwachsen dem Bund Kosten sowohl für das zunächst noch nationale deutsche Programm als auch für die deutsche Beteiligung am internationalen Programm.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Planung ist hierfür mit folgenden Kosten für den Bund zu rechnen (in Mio DM):

	nat. Programm	Beteiligung am intern. Programm	zusammen
1971	87,6	16,3	103,9
1972	81,6	41,0	122,6
1973	—	124,9	124,9
1974	—	125,0	125,0
1975	—	144,0	144,0
			620,4

Die Planung nach dem Stand von Ende 1969, von der der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages zustimmend Kenntnis genommen hatte, umfaßte nur die Jahre 1970 bis 1973 und schloß mit einem Gesamtbetrag von 269,3 Mio DM ab.

Die Erhöhungen gegenüber dieser Planung folgen einmal aus der Erstreckung des Planungszeitraums auf die Jahre bis 1975 sowie daraus, daß die Anreicherungskapazitäten früher als ursprünglich vorgesehen geschaffen werden müssen. Weitere Erhöhungen ergaben sich bei einer Überarbeitung des nationalen Entwicklungsprogramms, die auf Grund der jetzt vorliegenden Hinweise auf den Entwicklungsstand in Großbritannien und den Niederlanden vorgenommen wurde, um der deutschen Forschung und Industrie eine angemessene Stellung in der vereinbarten internationalen Zusammenarbeit zu sichern.

Gleichwohl liegen die neuen Kostenschätzungen wegen der Zusammenfassung der bisher parallel laufenden nationalen Bemühungen in Großbritannien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland noch weit unter dem Betrag, der bei einer Fortsetzung des deutschen Programms ohne internationale Zusammenarbeit auf längere Sicht angefallen wäre.

Die Finanzierung im laufenden Haushaltsjahr ist im Rahmen des Einzelplans 31 gesichert. Für die Jahre 1972 ff. werden die erforderlichen Mittel im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft bereitgestellt.

Den Ländern und Gemeinden entstehen aus der Durchführung des Übereinkommens keine finanziellen Belastungen.

Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich der Niederlande und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Herstellung angereicherten Urans

Overeenkomst tussen de Bondsrepubliek Duitsland, het Koninkrijk der Nederlanden en het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland inzake samenwerking bij de ontwikkeling en exploitatie van het gas-ultracentrifuge-procédé voor de produktie van verrijkt uranium

Agreement between the Federal Republic of Germany, the Kingdom of the Netherlands and the United Kingdom of Great Britain und Northern Ireland on collaboration in the development and exploitation of the gas centrifuge process for producing enriched uranium

Die Bundesrepublik Deutschland,
das Königreich der Niederlande und
das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland —

im Hinblick darauf, daß die Versorgung mit angereichertem Uran für andere Zwecke als die Herstellung von Kernwaffen eine Angelegenheit von großer Bedeutung ist;

in Anbetracht der in naher Zukunft zu erwartenden raschen Zunahme neu errichteter Kernkraftwerke innerhalb und außerhalb Europas;

in der Erwägung, daß es wichtig ist, in Europa eine erhebliche Kapazität für die Anreicherung von Uran zu entwickeln, um den Bedarf an angereichertem Uran zur Speisung dieser Anlagen zu befriedigen;

im Hinblick auf die in ihren Staaten erzielten Forschritte in der Entwicklung des Gaszentrifugenverfahrens;

in der Erwägung, daß die Entwicklung dieses Verfahrens im Wege der Zusammenarbeit die europäische technologische Zusammenarbeit stärken und daß die gemeinsame gewerbliche Nutzung dieses Verfahrens zur wirtschaftlichen Integration Europas beitragen wird;

in Bestätigung ihrer Bereitschaft, die Aufnahme einer Zusammenarbeit mit europäischen oder anderen Staaten

De Bondsrepubliek Duitsland,
het Koninkrijk der Nederlanden en
het Verenigd Koninkrijk von Groot-Brittannië en Noord-Ierland;

Van oordeel zijnde dat het van groot belang is dat verrijkt uranium beschikbaar komt voor andere doeleinden dan de vervaardiging van kernwapens;

Overwegende dat in de nabije toekomst een snelle toeneming van het aantal kerncentrales in Europa en elders is te verwachten;

Overwegende dat het van belang is in Europa een aanzienlijke capaciteit voor de verrijking van uranium te ontwikkelen ten einde te kunnen voldoen aan de vraag naar verrijkt uranium als brandstof voor deze centrales;

Overwegende dat in hun onderscheiden landen vorderingen op het gebied van de ontwikkeling van de gas-ultracentrifuge-methode zijn gemaakt;

Overwegende dat gezamenlijke ontwikkeling van deze methode de Europese samenwerking op technologisch gebied zal versterken en dat gezamenlijke industriële exploitatie van deze methode zal bijdragen tot de economische integratie van Europa;

Uitdrukking gevend aan hun bereidheid te overwegen samen te werken met Europese of andere landen die

The Federal Republic of Germany,
the Kingdom of the Netherlands and
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;

Regarding as a matter of great importance the supply of enriched uranium for purposes other than the manufacture of nuclear weapons;

Considering the rapid growth to be expected in the installation of nuclear power plants in Europe and elsewhere in the near future;

Considering the importance of developing in Europe a substantial capacity for the enrichment of uranium in order to meet the demand for enriched uranium to fuel such plants;

Considering the progress made, in their respective countries, in the development of the gas centrifuge method;

Considering that development of this method on a co-operative basis will strengthen European technological cooperation and that its joint industrial exploitation will contribute to European economic integration;

Declaring their readiness to consider entering into collaboration with European or other countries interested in

zu erwägen, die an der Herstellung von angereichertem Uran im Gaszentrifugenverfahren interessiert sind;

sowie in Bestätigung ihrer Bereitschaft, ihre Zusammenarbeit in den Rahmen einer erweiterten europäischen Gemeinschaft einzugliedern;

eingedenk der am 4. März 1970 in Almelo unterzeichneten Interim-Vereinbarung über Sicherheitsverfahren und Geheimhaltung und in Bestätigung ihrer Absicht, im Zusammenhang mit dem Gaszentrifugenverfahren angemessene Sicherheitsmaßnahmen nach Maßgabe einer gemeinsamen Geheimhaltungspolitik anzuwenden;

in erneuter Bekräftigung der Tatsache, daß jede Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Politik der Vertragsparteien bezüglich der Nichtverbreitung von Kernwaffen, der sie große Bedeutung beimessen, sowie mit ihren internationalen Verpflichtungen auf diesem Gebiet in Einklang stehen muß, und daß geeignete internationale Sicherungsmaßnahmen darauf Anwendung finden werden —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe dieses Übereinkommens bei der Anreicherung von Uran im Gaszentrifugenverfahren und bei der Herstellung von dafür benötigten Gaszentrifugen zusammen.

(2) Die Vertragsparteien fördern die Errichtung und den Betrieb gemeinsamer Industrieunternehmen zum Bau von Anlagen für die Anreicherung von Uran im Gaszentrifugenverfahren und zum Betrieb dieser Anlagen sowie zur sonstigen Nutzung dieses Verfahrens auf kommerzieller Grundlage.

(3) Jede der Vertragsparteien oder der von ihr benannten kommerziellen Rechtsträger hat das Recht zur Beteiligung an den in Absatz 2 bezeichneten gemeinsamen Industrieunternehmen auf der Grundlage gleicher Anteile wie die anderen Vertragsparteien oder die von ihnen benannten kommerziellen Rechtsträger.

(4) Die Vertragsparteien fördern die Integration ihrer Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen auf diesem Gebiet zwecks Durchführung eines integrierten Forschungs- und Entwicklungsprogramms durch die in Absatz 2 bezeichneten gemeinsamen Industrieunternehmen, um gegenüber anderen

belangstelling hebben voor de produktie van verrijkt uranium volgens de gas-ultracentrifuge-methode;

Voorts uitdrukking gevend aan hun bereidheid hun samenwerking in te passen in het verband van een grotere Europese gemeenschap;

In herinnering brengend de op 4 maart 1970 te Almelo ondertekende Interim-Overeenkomst inzake beveiligingsmaatregelen en rubricering en uitdrukking gevend aan hun voornemen geëigende beveiligingsmaatregelen toe te passen ter uitvoering van een gemeenschappelijk rubriceringsbeleid ten aanzien van het gas-ultracentrifuge-procédé;

Wederom bevestigend dat iedere afspraak tot samenwerking in overeenstemming zal moeten zijn met het beleid van de Overeenkomstsluitende Partijen inzake de niet-verspreiding van kernwapens, waaraan zij groot belang hechten, alsmede hun internationale verplichtingen op dit gebied, en dat geëigende internationale veiligheidscontrole daarop zal worden toegepast;

Zijn overeengekomen als volgt:

Artikel I

(1) De Overeenkomstsluitende Partijen werken samen overeenkomstig de bepalingen van deze Overeenkomst met als doel de verrijking van uranium volgens het gas-ultracentrifugeprocédé en de fabricage van de voor dit procédé benodigde gas-ultracentrifuges.

(2) De Overeenkomstsluitende Partijen bevorderen de oprichting en de exploitatie van gezamenlijke industriël ondernemingen voor de bouw van fabrieken voor de verrijking van uranium volgens het gas-ultracentrifuge-procédé en voor het exploiteren van die fabrieken, alsmede voor het op andere wijze commerciële grondslag exploiteren van dit procédé.

(3) Iedere Overeenkomstsluitende Partij of elk door haar aangewezen commercieel lichaam heeft het recht in de gezamenlijke industriële ondernemingen bedoeld in lid (2) van dit Artikel deel te nemen op basis van gelijkheid van belangen te zamen met de andere Overeenkomstsluitende Partijen of de door hen aangewezen commerciële lichamen.

(4) De Overenkomstsluitende Partijen bevorderen de integratie van hun onderzoek en ontwikkelingswerk op dit gebied met als doel de uitvoering van een geïntegreerd programma voor onderzoek en ontwikkeling door de in het tweede lid van dit Artikel bedoelde gezamenlijke indus-

the production of enriched uranium by the gas centrifuge method;

Declaring furthermore their readiness to integrate their collaboration into the framework of an enlarged European community;

Recalling the Interim Agreement on Security Procedures and Classification signed in Almelo on 4th March, 1970, and declaring their intention to apply appropriate measures of security in fulfilment of a common classification policy in relation to the gas centrifuge process;

Reaffirming that any co-operative arrangements will have to be consistent with the policies of the Contracting Parties in relation to the non-proliferation of nuclear weapons, to which they attach great importance, and with their international obligations in this field, and that appropriate international safeguards will be applied thereto;

Have agreed as follows:

Article I

(1) The Contracting Parties shall collaborate with one another, in accordance with the provisions of this Agreement, with a view to the enrichment of uranium by the gas centrifuge process and to the manufacture of gas centrifuges to that end.

(2) The Contracting Parties shall promote the establishment and operation of joint industrial enterprises to build plants for the enrichment of uranium by the gas centrifuge process and to operate such plants and otherwise exploit that process on a commercial basis.

(3) Each of the Contracting Parties or commercial entities nominated by it shall have the right to participate in the joint industrial enterprises referred to in paragraph (2) of this Article on a basis of equality of interest with the other Contracting Parties or commercial entities nominated by them.

(4) The Contracting Parties shall promote the integration of their research and development efforts in this field with a view to the conduct of an integrated programme of research and development by the joint industrial enterprises referred to in paragraph (2) of this Article in order to achieve and

Erzeugern von angereichertem Uran konkurrenzfähig zu werden und zu bleiben.

Artikel II

(1) Um eine wirksame Überwachung der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit durch die Vertragsparteien nach Maßgabe des vorliegenden Artikels zu gewährleisten, wird ein Gemeinsamer Ausschuß eingesetzt.

(2) Der Gemeinsame Ausschuß besteht aus einem bevollmächtigten Vertreter jeder Vertragspartei, dem Berater zur Seite stehen können. Alle Beschlüsse des Ausschusses bedürfen der Einstimmigkeit. Jeder Vertreter hat eine Stimme.

(3) Den Vorsitz im Gemeinsamen Ausschuß führt abwechselnd der Vertreter jeder Vertragspartei für jeweils ein Jahr.

(4) Der Gemeinsame Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung und beschließt die für die Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Verwaltungsregelungen. In der Geschäftsordnung ist die angemessene Verwendung der deutschen, englischen und niederländischen Sprache vorzusehen. Die Verwaltungskosten des Gemeinsamen Ausschusses werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen.

(5) Der Gemeinsame Ausschuß

a) berät und beschließt über Fragen im Zusammenhang mit den in Artikel VII vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen;

b) berät und beschließt über Fragen, die sich aus den nach Artikel V zu beachtenden Geheimhaltungsregelungen und Sicherheitsverfahren ergeben;

c) berät die Vertragsparteien über die Bedingungen, unter denen Übereinkünfte der in Artikel IX bezeichneten Art geschlossen werden können;

d) berät und beschließt über Vorschläge für

i) die Übermittlung von Informationen aus den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien, die das

triële ondernemingen ten einde een concurrerende positie ten opzichte van andere producenten van verrijkt uranium op te bouwen en te handhaven.

Artikel II

(1) Ten einde te voorzien in een doeltreffend toezicht door de Overeenkomstsluitende Partijen overeenkomstig de bepalingen van dit Artikel op de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking, wordt een Gemengde Commissie ingesteld.

(2) De Gemengde Commissie bestaat uit een door iedere Overeenkomstsluitende Partij daartoe aangewezen vertegenwoordiger, die door adviseurs kan worden bijgestaan. De Commissie neemt al haar beslissingen met eenparigheid van stemmen. Iedere vertegenwoordiger heeft een stem.

(3) Het voorzitterschap van de Gemengde Commissie wordt bij toerbeurt door de vertegenwoordiger van elke Overeenkomstsluitende Partij voor een temijn van een jaar uitgeoefend.

(4) De Gemengde Commissie stelt haar eigen reglement van orde vast en beslist welke regelingen op bestuurlijk terrein voor een goede uitoefening van haar taken nodig zijn. In het reglement van orde worden geeigende voorzieningen getroffen voor het gebruik van de Duitse, de Engelse en de Nederlandse taal. De kosten verbonden aan het doen functioneren van de Gemengde Commissie worden gelijkelijk omgeslagen over de Overeenkomstsluitende Partijen.

(5) De Gemengde Commissie heeft tot taak:

(a) alle vragen die met betrekking tot de in Artikel VII voorziene veiligheidscontrole rijzen, te bestuderen en dienaangaande beslissingen te nemen;

(b) vragen voortvloeiende uit de rubriceringsregelingen en beveilingsmaatregelen die overeenkomstig Artikel V in acht genomen moeten worden, te bestuderen en dienaangaande beslissingen te nemen;

(c) de Overeenkomstsluitende Partijen van advies te dienen betreffende de voorwaarden waarop overeenkomsten als bedoeld in artikel IX zouden kunnen worden gesloten;

(d) voorstellen betrekking hebbende op de volgende onderwerpen te bestuderen en dienaangaande beslissingen te nemen:

(i) het overbrengen naar gebieden buiten het grondgebied van de Overeenkomst-

maintain a competitive position in relation to other sources of enriched uranium.

Article II

(1) In order to provide for effective supervision by the Contracting Parties, in accordance with the provisions of this Article, of the collaboration described in Article I of this Agreement, there shall be established a Joint Committee.

(2) The Joint Committee shall be composed of an accredited representative of each Contracting Party who may be accompanied by advisers. It shall take all its decisions by unanimous vote. Each representative shall have one vote.

(3) The Chairmanship of the Joint Committee shall be held in turn by the representative of each Contracting Party for a period of one year.

(4) The Joint Committee shall adopt its own rules of procedure and decide upon the administrative arrangements necessary for the execution of its responsibilities. The rules of procedure shall make appropriate provision for the use of the German, English and Netherlands languages. The administrative expenses of the Joint Committee shall be borne by the Contracting Parties in equal shares.

(5) The Joint Committee shall:

(a) consider and decide upon any questions concerning the safeguards provided for in Article VII;

(b) consider and decide upon questions arising out of the classification arrangements and security procedures to be observed in accordance with Article V;

(c) advise the Contracting Parties as to the conditions upon which any agreement of the kind referred to in Article IX might be concluded;

(d) consider and decide upon any proposals for:

(i) the transfer outside the territories of the Contracting Parties of information derived as

Ergebnis der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit sind oder an denen den gemeinsamen Industrieunternehmen nach diesem Übereinkommen Rechte zugeteilt wurden;

sluitende Partijen van gegevens die zijn verkregen ten gevolge van de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking, dan wel van gegevens waarvan de daarop rustende rechten zijn overgedragen aan de gezamenlijke industriële ondernemingen ingevolge deze Overeenkomst;

a result of the collaboration described in Article I of this Agreement or of information, rights in which have been assigned to the joint industrial enterprises pursuant to this Agreement;

ii) die Gewährung von Lizenzen oder Unterlizenzen für die Benutzung einer der unter Ziffer i bezeichneten Informationen oder einer im Verlauf der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit gemachten Erfindung außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien;

(ii) het verlenen van licenties of sub-licenties voor het gebruik buiten het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partijen van de gegevens bedoeld in (i) van dit lid, dan wel van uitvindingen die worden gedaan tijdens de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking;

(ii) the granting of licences or sublicences for the use outside the territories of the Contracting Parties of any of the information referred to in sub-paragraph (i) of this paragraph or of any inventions arising in the course of the collaboration described in Article I of this Agreement;

iii) die Ausfuhr von Ausrüstungen oder Materialien aus den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien, die im Rahmen der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit entwickelt, hergestellt oder verarbeitet worden sind;

(iii) de uitvoer buiten het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partijen van apparatuur of materialen ontwikkeld, geproduceerd of verwerkt ingevolge de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking;

(iii) the export outside the territories of the Contracting Parties of equipment or materials developed, produced or processed under the collaboration described in Article I of this Agreement;

e) genehmigt die Verträge zur Gründung der gemeinsamen Industrieunternehmen und insbesondere die Zusammensetzung dieser Unternehmen und beschließt, ob einem Vorschlag zur Änderung dieser Verträge oder der Zusammensetzung entsprochen werden soll;

(e) de akten waarbij de gezamenlijke industriële ondernemingen worden opgericht goed te keuren en in het bijzonder goedkeuring te verlenen aan de samenstelling van deze ondernemingen, alsmede te beslissen of aan voorstellen tot wijziging van deze akten of deze samenstelling gevolg kan worden gegeven;

(e) approve the instruments establishing the joint industrial enterprises and, in particular, the composition of those enterprises, and decide whether any proposal to vary such instruments or composition may be proceeded with;

f) genehmigt Vorschläge der gemeinsamen Industrieunternehmen für den Standort bedeutenderer Einrichtungen, die im Rahmen der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit errichtet werden sollen;

(f) voorstellen goed te keuren van de gezamenlijke industriële ondernemingen betreffende de plaats van vestiging van alle belangrijke installaties die zullen worden gebouwd ingevolge de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking;

(f) approve proposals of the joint industrial enterprises for the siting of major installations to be created pursuant to the collaboration described in Article I of this Agreement;

g) trifft Vorkehrungen für die Festsetzung und Zahlung von Lizenzgebühren nach den Absätzen 3, 4 und 5 der Anlage I über Patente und sonstige gewerbliche Rechte;

(g) regelingen te treffen aangaande de vaststelling en de betaling van royalty's overeenkomstig de derde, vierde en vijfde paragraaf van Bijlage I bij deze Overeenkomst betreffende octrooien en andere industriële rechten;

(g) make arrangements for the assessment and payment of royalties in accordance with paragraphs (3), (4) and (5) of Annex I to this Agreement concerning Patents and other Industrial Rights;

h) genehmigt diejenigen Forschungs- und Entwicklungsprogramme, die ganz oder teilweise durch gemeinsame Regierungszuwendungen der Vertragsparteien finanziert werden sollen, und prüft Vorschläge der gemeinsamen Industrieunternehmen für eine Änderung des gemeinsam von den Vertragsparteien zu tragenden Anteils an den Forschungs- und Entwicklungskosten;

(h) die programma's voor onderzoek en ontwikkeling goed te keuren die geheel of ten dele zullen worden gefinancierd uit gezamenlijke regeringssubsidies van de Overeenkomstsluitende Partijen, alsmede voorstellen te bestuderen, gedaan door de gezamenlijke industriële ondernemingen aangaande wijzigingen in het gezamenlijk door de Overeenkomstsluitende Partijen te dragen aandeel in de kosten voor onderzoek en ontwikkeling;

(h) approve such research and development programmes as are to be financed in whole or in part by joint Government grants of the Contracting Parties, and consider any proposals from the joint industrial enterprises for varying the proportion of the cost of research and development to be borne jointly by the Contracting Parties;

i) beschließt geeignete Maßnahmen, die zu treffen sind, wenn technische

(i) beslissingen te nemen omtrent het treffen van geëigende maatre-

(i) decide upon or recommend to the Contracting Parties appropriate

oder wirtschaftliche Entwicklungen eintreten, die wahrscheinlich die kommerzielle Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens durch die gemeinsamen Industrieunternehmen erheblich beeinträchtigen werden, oder empfiehlt den Vertragsparteien derartige Maßnahmen;

gelen, indien zich ontwikkelingen op technisch of economisch gebied voordoen, die de exploitatie op commerciële basis van het gasultracentrifuge-procédé door de gezamenlijke industriële ondernemingen in belangrijke mate kunnen beinvloeden of daaromtrent de Overeenkomstsluitende Partijen aanbevelingen te doen;

measures to be taken if technical or economic developments occur which are likely to effect significantly the commercial exploitation of the gas centrifuge process by the joint industrial enterprises;

j) entscheidet über alle die Auslegung dieses Übereinkommens betreffenden Fragen, die ihm von den gemeinsamen Industrieunternehmen im Zusammenhang mit der Durchführung ihrer Aufgaben vorgelegt werden.

(j) beslissingen te nemen met betrekking tot alle vragen betreffende de uitlegging van deze Overeenkomst die aan haar worden voorgelegd door de gezamenlijke industriële ondernemingen in verband met de uitoefening van hun taken.

(j) determine any question concerning the interpretation of this Agreement put before it by the joint industrial enterprises in connection with the exercise of their functions.

(6) Während der Zeit des Aufbaus einer ersten jährlichen Gesamtkapazität von 350 Tonnen Trennarbeit genehmigt der Gemeinsame Ausschuß auch diejenigen Bestimmungen der zwischen den gemeinsamen Industrieunternehmen zu schließenden hauptsächlichen Verträge, die größere finanzielle Auswirkungen haben können.

(6) Gedurende de periode waarin een aanvankelijk scheidend vermogen van in totaal 350 ton per jaar wordt opgebouwd, keurt de Gemengde Commissie ook die bepalingen van de belangrijkste tussen de gezamenlijke industriële ondernemingen te sluiten contracten goed die belangrijke financiële gevolgen kunnen hebben.

(6) During the period of construction of an initial total annual capacity of 350 tonnes of separative work the Joint Committee shall also approve such clauses of the main contracts to be concluded between the joint industrial enterprises as may have major financial implications.

(7) Der Gemeinsame Ausschuß kann den gemeinsamen Industrieunternehmen nach seinen auf Grund des Absatzes 5 oder 6 gefaßten Beschlüssen jederzeit Richtlinien erteilen, die von den genannten Unternehmen zu befolgen sind.

(7) De Gemengde Commissie kan te allen tijde aan de gezamenlijke industriële ondernemingen richtlijnen geven ingevolge door de Commissie krachtens het vijfde of zesde lid van dit Artikel genomen beslissingen; de gezamenlijke industriële ondernemingen hebben de plicht deze richtlijnen ten uitvoer te leggen.

(7) The Joint Committee may at any time issue to the joint industrial enterprises directives pursuant to decisions taken by it under paragraph (5) or paragraph (6) of this Article, which directives it shall be the duty of the joint industrial enterprises to put into effect.

Artikel III

(1) a) Vorbehaltlich dieses Artikels wird eine Vertragspartei die kommerzielle Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens zur Anreicherung von Uran auf keine andere Weise als im Rahmen der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit betreiben, fördern oder unterstützen.

Artikel III

(1) (a) Met inachtneming van de bepalingen van dit Artikel, neemt een Overeenkomstsluitende Partij niet de exploitatie op commerciële basis ter hand van het gasultracentrifuge-procédé voor de verrijking van uranium of bevordert of helpt op enigerlei wijze deze exploitatie, dan door middel van de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking.

Article III

(1) (a) Subject to the provisions of this Article, no Contracting Party shall engage in, or promote or assist in any way, the commercial exploitation of the gas centrifuge process for the enrichment of uranium otherwise than through the collaboration described in Article I of this Agreement.

b) Die gemeinsamen Industrieunternehmen werden sich nach Kräften bemühen, alle Aufträge für Urananreicherungsleistungen, die ihnen von Kunden im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei erteilt werden, zu erfüllen, auch wenn die Erfüllung dieser Aufträge die Schaffung neuer Anreicherungskapazitäten mit sich bringen würde. Die gemeinsamen Industrieunternehmen sind jedoch verpflichtet, diese Aufträge zu erfüllen, wenn die betreffende Vertragspartei oder Rechtsträger innerhalb ihres Ho-

(b) De gezamenlijke industriële ondernemingen spannen zich in om te voldoen aan alle opdrachten voor de verrijking van uranium die bij hen worden geplaatst door afnemers op het grondgebied van een Overeenkomstsluitende Partij, ongeacht of het voldoen aan deze opdrachten het creëren van nieuwe capaciteit voor het verrijken van uranium nodig zou maken. De gezamenlijke industriële ondernemingen zijn verplicht aan deze opdrachten te voldoen, indien de betrokken Overeenkomst-

(b) The joint industrial enterprises shall use their best endeavours to meet all orders for uranium enrichment services placed with them by customers in the territory of any of the Contracting Parties, whether or not the fulfilment of such orders would involve the installation of new enrichment capacity. The joint industrial enterprises shall, however, be bound to meet such orders of the Contracting Party concerned or entities within its territory agree to provide such portions of the extra finance involved as are not forthcoming from the joint

heitsgebiets sich bereit erklären, den Teil der damit verbundenen zusätzlichen Ausgaben zu übernehmen, der nicht von den gemeinsamen Industrieunternehmen und den anderen Vertragsparteien getragen wird.

sluitende Partij of lichamen op haar grondgebied ermede instemt, onderscheidenlijk instemmen dat gedeelte van de benodigde extra financiën beschikbaar te stellen dat niet door de gezamenlijke industriële ondernemingen en de andere Overeenkomstsluitende Partijen wordt verschaft.

industrial enterprises and the other Contracting Parties.

(2) a) Eine Vertragspartei wird neue Programme zur Erforschung oder Entwicklung des Gaszentrifugenverfahrens mit dem Ziel seiner Nutzung für kommerzielle Zwecke nur dann betreiben, fördern oder unterstützen, wenn das betreffende Programm dem in Betracht kommenden gemeinsamen Industrieunternehmen zur Durchführung im Rahmen der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit angeboten und das Angebot innerhalb von vier Monaten nicht angenommen worden ist.

(2) (a) Geen der Overeenkomstsluitende Partijen neemt een nieuw programma voor onderzoek of ontwikkeling inzake het gas-ultracentrifugeprocédé ter hand ten einde dit procédé op commerciële basis te exploiteren of bevordert of helpt op enigerlei wijze een zodanig programma, tenzij dit programma in het kader van de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking is aangeboden voor uitvoering door de daarvoor in aanmerking komende gezamenlijke industriële onderneming en dit aanbod niet binnen een termijn van 4 maanden is aanvaard.

(2) (a) No Contracting Party shall engage in, or promote or assist in any way, any new programme of research on or development of the gas centrifuge process with a view to its exploitation for commercial purposes, unless such programme has been offered for execution by the appropriate joint industrial enterprise within the collaboration described in Article I of this Agreement and the offer has not been accepted within a period of four months.

b) Wird ein Programm, das auf diese Weise angeboten und nicht angenommen wurde, durchgeführt, so dürfen seine Ergebnisse von der betreffenden Vertragspartei erst dann verwendet werden, wenn sie dem in Betracht kommenden gemeinsamen Industrienehmen zu gerechten und billigen Bedingungen zur Nutzung im Rahmen der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit angeboten wurden und das Angebot ebenfalls innerhalb von vier Monaten nicht angenommen wurde.

(b) In gevallen waarin een programma dat op deze wijze is aangeboden en dat niet is aanvaard, wordt uitgevoerd, mogen de resultaten daarvan niet door de betrokken Overeenkomstsluitende Partij worden gebruikt tenzij deze zijn aangeboden voor gebruik door de daarvoor in aanmerking komende gezamenlijke industriële onderneming in het kader van de in Artikel I van de Overeenkomst omschreven samenwerking op billijke en redelijke voorwaarden en dat aanbod eveneens niet binnen een termijn van vier maanden is aanvaard.

(b) Where a programme which has been so offered and has not been accepted is carried out, its results may not be used by the Contracting Party concerned unless they have been offered for use by the appropriate joint industrial enterprise within the collaboration described in Article I of this Agreement on fair and reasonable terms and conditions and that offer has also not been accepted within a period of four months.

(3) Die Vertragsparteien unterrichten sich gegenseitig durch den Gemeinsamen Ausschuß über technische oder wirtschaftliche Entwicklungen, welche die kommerzielle Nutzung des Gaszentrifugenverfahrens durch die gemeinsamen Industrieunternehmen erheblich beeinträchtigen könnten.

(3) De Overeenkomstsluitende Partijen houden elkander via de Gemengde Commissie op de hoogte van technische en/of economische ontwikkelingen die de exploitatie op commerciële basis van het gas-ultracentrifuge-procédé door de gezamenlijke industriële ondernemingen in belangrijke mate zouden kunnen beïnvloeden.

(3) The Contracting Parties shall inform each other, through the Joint Committee, of technical or economic developments which might affect significantly the commercial exploitation of the gas centrifuge process by the joint industrial enterprises.

Artikel IV

(1) Die Vertragsparteien wenden auf die in Artikel I bezeichnete Zusammenarbeit die Bestimmungen der Anlage I über Patente und sonstige

Artikel IV

(1) Ten aanzien van de Artikel I van de Overeenkomst omschreven samenwerking, passen de Overeenkomstsluitende Partijen de bepalingen toe

Article IV

(1) The Contracting Parties shall apply, in relation to the collaboration described in Article I of this Agreement, the provisions of Annex I to

gewerbliche Rechte an, die Bestandteil dieses Übereinkommens ist.

(2) Vorbehaltlich dieses Artikels und des Artikels III werden die Vertragsparteien, sofern nicht etwas anderes vereinbart wird, die ihnen auf Grund diesen Übereinkommens übermittelten Informationen nur für die Zwecke der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit verwenden oder weitergeben.

Artikel V

(1) Die Vertragsparteien wenden auf die in Artikel I bezeichnete Zusammenarbeit die Bestimmungen der Anlage II über Sicherheitsverfahren und Geheimhaltung an, die Bestandteil dieses Übereinkommens ist.

(2) Mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens tritt die am 4. März 1970 in Almelo unterzeichnete Interim-Vereinbarung über Sicherheitsverfahren und Geheimhaltung außer Kraft; alle gemäß jener Vereinbarung übermittelten Informationen und Unterlagen werden so geschützt, als seien sie auf Grund dieses Übereinkommens übermittelt worden.

Artikel VI

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich gemeinsam und jede für sich, zu gewährleisten, daß Informationen, Ausrüstungen, Ausgangs- oder besonderes spaltbares Material, soweit sie für diese Zwecke oder als Ergebnis der in Artikel I bezeichneten Zusammenarbeit darüber verfügen, nicht von einem Nichtkernwaffenstaat zur Herstellung oder zum sonstigen Erwerb von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern oder zum Erwerb der Verfügungsgewalt über solche Waffen oder Sprengkörper und auch nicht dazu verwendet werden, einen Nichtkernwaffenstaat bei einer solchen Herstellung oder einem solchen Erwerb zu unterstützen oder zu ermutigen oder dazu zu veranlassen. Im Sinne dieses Absatzes bezeichnet der Ausdruck „Nichtkernwaffenstaat" jeden Staat einschließlich der durch dieses Übereinkommen gebundenen Staaten, der vor dem 1. Januar 1967 weder eine Kernwaffe noch einen sonstigen Kernsprengkörper hergestellt und gezündet hat.

van Bijlage I bij deze Overeenkomst betreffende octrooien en andere industriële rechten, welke Bijlage een integrerend deel van deze Overeenkomst uitmaakt.

(2) Met inachtneming van de bepalingen van dit Artikel en van Artikel III van deze Overeenkomst maken de Overeenkomstsluitende Partijen, tenzij anders is overeengekomen, geen gebruik van gegevens die hun ingevolge deze Overeenkomst zijn overgedragen noch delen zij deze aan iemand mede, behalve ten behoeve van de in Artikel I van de Overeenkomst omschreven samenwerking.

Artikel V

(1) Ten aanzien van de in Artikel I van de Overeenkomst omschreven samenwerking, passen de Overeenkomstsluitende Partijen de bepalingen toe van Bijlage II bij deze Overeenkomst betreffende beveiligingsmaatregelen en rubricering, welke Bijlage een integrerend deel van deze Overeenkomst uitmaakt.

(2) Op de datum van de inwerkingtreding van deze Overeenkomst treedt de op 4 maart 1970 te Almelo ondertekende Interim-Overeenkomst inzake beveiligingsmaatregelen en rubricering buiten werking en worden alle gegevens en documenten overgedragen, met inachtneming van de bepalingen daarvan, beschermd alsof zij krachtens deze Overeenkomst waren overgedragen.

Artikel VI

(1) De Overeenkomstsluitende Partijen verbinden zich gezamenlijk en ieder voor zich te verzekeren dat gegevens, uitrusting, basismaterialen of bijzondere splijtbare materialen, in hun bezit ten behoeve van of als gevolg van de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking, niet zullen worden gebruikt door een niet-kernwapenstaat om kernwapens of andere nucleaire explosiemiddelen te vervaardigen of anderszins te verwerven of de beschikkingsmacht over zodanige kernwapens of nucleaire explosiemiddelen te verkrijgen, dan wel om een niet-kernwapenstaat te helpen, aan te moedigen of ertoe te bewegen kernwapens of andere nucleaire explosiemiddelen te vervaardigen of anderszins te verwerven of de beschikkingsmacht over zodanige kernwapens of nucleaire explosiemiddelen te verkrijgen. Voor de toepassing van dit lid betekent de uitdrukking „nietkernwapenstaat" een Staat, daaronder begrepen elke door deze Overeenkomst gebonden Staat, die vóór 1 januari 1967 geen kernwapen of ander nucleair explosiemiddel heeft vervaardigd en to ontploffing heeft gebracht.

this Agreement, concerning Patents and other Industrial Rights, which shall form an integral part of this Agreement.

(2) Subject to the provisions of this Article and of Article III of this Agreement, no Contracting Party shall, except as may otherwise be agreed, make any use of information transferred to it pursuant to this Agreement nor communicate such information to any person except for the purposes of the collaboration described in Article I of this Agreement.

Article V

(1) The Contracting Parties shall apply, in relation to the collaboration described in Article I of this Agreement, the provisions of Annex II to this Agreement, concerning Security Procedures and Classification, which shall be an integral part of this Agreement.

(2) On the date of entry into force of this Agreement the Interim Agreement on Security Procedures and Classification signed in Almelo on 4th March, 1970, shall cease to have effect, and any information and documents transferred subject to its provisions shall be protected as if they had been transferred under this Agreement.

Article VI

(1) The Contracting Parties jointly and separately undertake to ensure that any information, equipment, source or special fissionable material which may be at their disposal for the purpose of or as a result of the collaboration described in Article I of this Agreement will not be used by or to assist, encourage or induce any non-nuclear-weapon State to manufacture or otherwise acquire nuclear weapons or other nuclear explosive devices or control over such nuclear weapons or explosive devices. For the purposes of this paragraph the expression "non-nuclear-weapon State" means any State, including any State bound by this Agreement, which has not manufactured and exploded a nuclear weapon or other nuclear explosive device prior to 1 January 1967.

(2) Die Vertragsparteien verpflichten sich ferner, zu gewährleisten, daß die in Artikel I bezeichneten gemeinsamen Industrieunternehmen kein Uran mit dem für Waffen erforderlichen Anreicherungsgrad zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern erzeugen.

(2) Voorts verbinden de Overeenkomstsluitende Partijen zich te verzekeren dat de in Artikel I van deze Overeenkomst bedoelde gezamenlijke industriële ondernemingen geen uranium van de voor wapens vereiste verrijkingsgraad zullen produceren voor de vervaardiging van kernwapens of andere nucleaire explosiemiddelen.

(2) The Contracting Parties further undertake to ensure that the joint industrial enterprises referred to in Article I of this Agreement shall not produce weapons grade uranium for the manufacture of nuclear weapons or other nuclear explosive devices.

Artikel VII

(1) Zur Nachprüfung der Einhaltung der in Artikel VI enthaltenen Verpflichtungen werden geeignete Sicherungsverfahren angewendet, die mit den internationalen Verpflichtungen jeder Vertragspartei vereinbar sein müssen.

Artikel VII

(1) Ten behoeve van de verificatie van de nakoming van de in artikel VI van deze Overeenkomst neergelegde verbintenissen, worden geëigende procedures voor veiligheidscontrole toegepast, die verenigbaar dienen te zijn met de internationale verplichtingen van iedere Overeenkomstsluitende Partij.

Article VII

(1) For the purpose of verification of compliance with the undertakings set forth in Article VI of this Agreement, appropriate safeguards procedures, which shall be consistent with the international obligations of each Contracting Party, shall be applied.

(2) Auf Grund der Vorschriften des Absatzes 1 werden folgende Verfahren angewendet:

(2) Ingevolge hat bepaalde in het eerste lid van dit Artikel worden de volgende procedures toegepast:

(2) Under the rule established by paragraph (1) of this Article, the following procedures shall be applied:

a) die Verfahren des durch die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) geschaffenen Sicherungssystems und die von der Regierung des Vereinigten Königreichs festgelegten Maßnahmen zum Nachweis der Verwendung von Material und Ausrüstungen, wie sie in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien jeweils anwendbar sind; es finden angemessene Konsultationen und gegenseitige Besuche zwischen Vertretern der Vertragsparteien und erforderlichenfalls der Kommission der Europäischen Gemeinschaften statt, um zu gewährleisten, daß diese Verfahren für die Zwecke dieses Artikels zufriedenstellend und wirksam sind;

(a) de procedures van het door de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie (EURATOM) ingestelde stelsel voor veiligheidscontrole en de maatregelen voor het afleggen van rekening en verantwoording voor het gebruik van materiaal en uitrusting, zoals vastgesteld door de Regering van het Verenigd Koninkrijk, zoals die van toepassing zijn op de onderscheiden grondgebieden van de Overeenkomstsluitende Partijen; vertegenwoordigers van de Overeenkomstsluitende Partijen en waar noodzakelijk van de Commissie van de Europese Gemeenschappen plegen overleg en wisselen bezoeken uit, ten einde te verzekeren dat zodanige procedures bevredigend en doelmatig zijn voor het doel van dit Artikel;

(a) the procedures of the safeguards system established by the European Atomic Energy Community (EURATOM), and the measures for accounting for the use of material and equipment established by the Government of the United Kingdom, as applicable in the respective territories of the Contracting Parties; appropriate consultations and exchanges of visits between representatives of the Contracting Parties, and where required of the Commission of the European Communities, shall take place in order to ensure that such procedures are satisfactory and effective for the purposes of this Article;

b) die Verfahren, die sich aus zusätzlichen Verpflichtungen im Hinblick auf Sicherungsmaßnahmen ergeben, welche für eine Vertragspartei auf Grund von Übereinkünften mit der Internationalen Atomenergie-Organisation verbindlich sind;

(b) de procedures die voortvloeien uit bijkomende verplichtingen met betrekking tot veiligheidscontrole die bindend zijn voor een of meer der Overeenkomstsluitende Partijen ingevolge een overeenkomst of overeenkomsten gesloten met de Internationale Organisatie voor Atoomenergie;

(b) the procedures resulting from any additional obligations in relation to safeguards binding upon any of the Contracting Parties pursuant to an agreement or agreements concluded with the International Atomic Energy Agency;

c) im Falle der Zusammenarbeit mit anderen Staaten als den Vertragsparteien oder einer Ausfuhr in jene Staaten die unter Buchstabe a oder b beschriebenen internationalen Verfahren entsprechend.

(c) in geval van samenwerking met of uitvoer naar andere Staten dan de Overeenkomstsluitende Partijen, mutatis mutandis de onder (a) en (b) hierboven omschreven internationale procedures.

(c) in the case of collaboration with, or export to, States other than the Contracting Parties, international procedures as described in subparagraphs (a) and (b) above, mutatis mutandis.

(3) Der Gemeinsame Ausschuß trifft alle für die Durchführung dieses Artikels erforderlichen Vorkehrungen.

(3) De Gemengde Commissie treft alle voor de tenuitvoerlegging van dit Artikel noodzakelijke voorzieningen.

(3) The Joint Committee shall make whatever arrangements are necessary for the implementation of this Article.

Artikel VIII

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder eines Beschlusses des Gemeinsa-

Artikel VIII

(1) Ieder geschil dat tussen de Overeenkomstsluitende Partijen ontstaat betreffende de uitlegging of toepassing van deze Overeenkomst of van

Article VIII

(1) Any dispute which may arise between the Contracting Parties as to the interpretation or application of this Agreement or of any decision of the

men Ausschusses oder einer infolge eines derartigen Beschlusses durchgeführten Maßnahme oder Vorkehrung werden dem Gemeinsamen Ausschuß unterbreitet, der sich um eine gütliche Beilegung bemüht.

(2) Wird eine Streitigkeit nicht auf diese Weise beigelegt, so wird sie nach Möglichkeit von den Vertragsparteien beigelegt.

(3) Wird eine Streitigkeit nicht auf diese Weise von den Vertragsparteien beigelegt, so wird sie auf Antrag einer beteiligten Vertragspartei einer Schiedskommission zur Beilegung auf dem Schiedsweg vorgelegt, sofern nicht eine andere Vertragspartei aus Sicherheitsgründen Einspruch erhebt.

(4) Die Schiedskommission wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet. Jede beteiligte Vertragspartei ernennt ein Mitglied. Sind jedoch alle drei Vertragsparteien beteiligt und klagt eine gegen die beiden anderen oder klagen zwei gegen die dritte, so ernennen die beiden Vertragsparteien mit dem gleichen Interesse gemeinsam ein Mitglied. Die beiden so ernannten Mitglieder ernennen das dritte Mitglied, das Obmann ist. Die Mitglieder der Schiedskommission, die nicht Obmann sind, werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten, ernannt nachdem die Beilegung auf dem Schiedsweg beantragt wurde.

(5) Wird eine Ernennung nicht innerhalb der in Absatz 4 gesetzten Frist vorgenommen, so kann jede beteiligte Vertragspartei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderliche Ernennung vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer beteiligten Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennung vornehmen. Besitzt der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer beteiligten Vertragspartei oder ist auch er verhindert, so soll das dienstälteste Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer beteiligten Vertragspartei besitzt, die Ernennung vornehmen.

(6) Die Schiedskommission entscheidet auf der Grundlage dieses Übereinkommens und des allgemeinen Völkerrechts mit Stimmenmehrheit. Die Schiedskommission regelt ihr Verfahren selbst. Eine nicht beteiligte

een beslissing van de Gemengde Commissie, dan wel van maatregelen of regelingen die krachtens een zodanige beslissing ten uitvoer zijn gelegd, wordt verwezen naar de Gemengde Commissie, die zal trachten tot een minnelijke schikking te komen.

(2) Indien het geschil niet op deze wijze is geregeld, dan wordt het, indien mogelijk, door de Overeenkomstsluitende Partijen geregeld.

(3) Indien een geschil niet door de Overeenkomstsluitende Partijen is geregeld, dan wordt het op verzoek van een daarbij betrokken Overeenkomstsluitende Partij voor arbitrage voorgelegd aan een Scheidsrechterlijke Commissie, tenzij een andere Overeenkomstsluitende Partij hiertegen om redenen van beveiliging bezwaar maakt.

(4) Een zodanige Scheidsrechterlijke Commissie wordt als volgt ad hoc samengesteld. Ieder der bij het geschil betrokken Overeenkomstsluitende Partijen benoemt een lid. Indien evenwel alle drie Overenkomstsluitende Partijen bij het geschil betrokken zijn en een van hen tegen de twee andere procedeert, dan wel twee tegen de derde, dan benoemen de twee Partijen wier belangen samengaan te zamen een lid. De twee aldus benoemde leden benoemen het derde lid, dat als voorzitter zal optreden. De leden van de Scheidsrechterlijke Commissie worden, mit uitzondering van de voorzitter, benoemd binnen twee maanden, en deze laatste binnen drie maanden, te rekenen van de datum van het verzoek om arbitrage.

(5) Indien er binnen de in het vierde lid van dit Artikel gestelde termijn geen benoeming is gedaan, dan kan elke bij het geschil betrokken Overeenkomstsluitende Partij de President van het Europese Hof voor de Rechten van de Mens verzoeken de benoeming te doen. Indien de President de nationaliteit van een der betrokken Overeenkomstsluitende Partijen bezit of indien bij om andere redenen verhinderd is de benoeming te doen, dan wordt deze door de Vice-President gedaan. Indien de Vice-President de nationaliteit van een der betrokken Overeenkomstsluitende Partijen bezit of indien hij eveneens om andere redenen de benoeming niet kan doen, dan wordt deze gedaan door het in dienstjaren oudste lid van het Hof dat niet de nationaliteit van een der betrokken Overeenkomstsluitende Partijen bezit.

(6) De Scheidsrechterlijke Commissie neemt, op basis van deze Overeenkomst en van algemeen volkenrecht, haar beslissing met meerderheid van stemmen. De Scheidsrechterlijke Commissie stelt haar eigen pro-

Joint Committee or of any measures or arrangements put into effect as a result of any such decision shall be referred to the Joint Committee, which shall endevour to reach a friendly settlement of the matter.

(2) If a dispute is not thus settled, it shall, if possible, be settled by the Contracting Parties.

(3) If a dispute is not thus settled by the Contracting Parties it shall, at the request of any Contracting Party involved, and unless any other Contracting Party objects on security grounds, be submitted to arbitration by an Arbitral Commission.

(4) Such Arbitral Commission shall be constituted ad hoc as follows. Each Contracting Party involved shall appoint one member. If, however, all three Contracting Parties are involved and one is proceeding against the other two, or two against the third, the two in the same interest shall appoint one member in common. The two members so appointed shall nominate the third member who shall be the chairman. The members of the Arbitral Commission other than the chairman shall be appointed whithin two months, and the chairman within three months, from the date of the request for submission to arbitration.

(5) If an appointment has not been made within the period specified in paragraph (4) of this Article, any Contracting Party involved may invite the President of the European Court of Human Rights to make the necessary appointment. If the President is a national of any Contracting Party involved or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President should make the necessary appointment. If the Vice-President is a national of any Contracting Party involved or if he, too, is prevented from discharging the said function, the Member of the Court next in seniority who is not a national of any Contracting Party involved should make the necessary appointment.

(6) The Arbitral Commission shall, on the basis of this Agreement and of general international law, reach its decision by a majority of votes. The Arbitral Commission shall determine its own procedure. A Contracting Party

Vertragspartei kann dem Verfahren beitreten.

(7) Entscheidungen der Schiedskommission sind unanfechtbar. Bei einer Streitigkeit über die Bedeutung oder Tragweite einer solcher Entscheidung obliegt es der Schiedskommission, die Entscheidung auf Ersuchen einer Vertragspartei auszulegen.

Artikel IX

Die Vertragsparteien können gemeinsam Übereinkünfte über eine Zusammenarbeit mit europäischen oder anderen Staaten oder internationalen Organisationen schließen. Vorschläge für den Abschluß einer derartigen Übereinkunft werden vom Gemeinsamen Ausschuß beraten.

Artikel X

Die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft werden durch dieses Übereinkommen nicht berührt.

Artikel XI

Dieses Übereinkommen gilt hinsichtlich des Königreichs der Niederlande nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs und hinsichtlich des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nur für Großbritannien und Nordirland.

Artikel XII

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden bei der Regierung des Königreichs der Niederlande hinterlegt. Das Übereinkommen tritt mit Hinterlegung der dritten Ratifikationsurkunde bei der Regierung des Königreichs der Niederlande in Kraft. Die Regierung des Königreichs der Niederlande unterrichtet die anderen Unterzeichnerstaaten von der Hinterlegung jeder Ratifikationsurkunde und vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens.

Artikel XIII

Jede Vertragspartei oder der Gemeinsame Ausschuß kann jederzeit Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Jeder Vorschlag wird, wenn er vom Gemeinsamen Ausschuß genehmigt ist, von diesem den Vertragsparteien zur Annahme vorgelegt. Jede Änderung bedarf der schriftlichen Annahme durch jede Vertragspartei und tritt 30 Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem alle Vertragsparteien

cedureregeling vast. Een niet bij het geschil betrokken Overeenkomstsluitende Partij kan zich in het geding voegen of daarin tussenkomen.

(7) Tegen een beslissing van de Scheidsrechterlijke Commissie staat geen beroep open. In geval van een geschil betreffende de strekking of draagwijdte van een zodanige beslissing, rust op de Scheidsrechterlijke Commissie de plicht de beslissing op verzoek van een der Overeenkomstsluitende Partijen toe te lichten.

Artikel IX

De Overeenkomstsluitende Partijen kunnen gezamenlijk overeenkomsten sluiten voor samenwerking met Europese of andere Staten of met internationale organisaties. Elk voorstel voor het sluiten van een zodanige overeenkomst wordt door de Gemengde Commissie in overweging genomen.

Artikel X

Deze Overeenkomst laat onverlet de verplichtingen van de Bondsrepubliek Duitsland en van het Koninkrijk der Nederlanden die voortvloeien uit het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie.

Artikel XI

Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt deze Overeenkomst alleen voor het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk en wat het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland betreft, alleen voor Groot-Brittannië en Noord-Ierland.

Artikel XII

Deze Overeenkomst dient te worden bekrachtigd. De akten van bekrachtiging worden nedergelegd bij de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden. Deze Overeenkomst treedt in werking na de nederlegging bij de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden van de derde akte van bekrachtiging. De Regering van het Koninkrijk der Nederlanden stelt de andere ondertekenende Staten in kennis van de nederlegging van elke akte van bekrachtiging en van de datum van inwerkingtreding van deze Overeenkomst.

Artikel XIII

Iedere Overeenkomstsluitende Partij of de Gemengde Commissie kan te allen tijde voorstellen doen tot wijziging van deze Overeenkomst. Deze voorstellen worden, indien zij door de Gemengde Commissie zijn goedgekeurd, door de Commissie aan de Overeenkomstsluitende Partijen ter aanvaarding voorgelegd. Elke aldus voorgelegde wijziging moet door iedere Overeenkomstsluitende Partij

not involved may intervene as a third party in the proceedings.

(7) There shall be no right of appeal against a decision of the Arbitral Commission In case of a dispute concerning the import or scope of such decision it shall be incumbent upon the Arbitral Commission to interpret the decision at the request of any Contracting Party.

Article IX

The Contracting Parties may jointly conclude agreements for collaboration with European or other States, or international organisations. Any proposal for the conclusion of an agreement of this kind shall be considered by the Joint Committee.

Article X

The obligations of the Federal Republic of Germany and the Kingdom of the Netherlands under the Treaty establishing the European Atomic Energy Community shall not be affected by this Agreement.

Article XI

This Agreement shall apply, in respect of the Kingdom of the Netherlands, only to that part of the Kingdom situated in Europe and, in respect of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, only to Great Britain and Northern Ireland.

Article XII

This agreement shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Government of the Kingdom of the Netherlands. The Agreement shall enter into force on the deposit with the Government of the Kingdom of the Netherlands of the third instrument of ratification. The Government of the Kingdom of the Netherlands shall inform the other signatory States of the deposit of each instrument of ratification and of the date of entry into force of this Agreement.

Article XIII

Any Contracting Party or the Joint Committee may at any time propose amendments to this Agreement. Any such proposals shall, if approved by the Joint Committee, be submitted by it for acceptance to the Contracting Parties. Any amendment so submitted shall require acceptance in writing by each Contracting Party and shall enter into force 30 days after the receipt by the Government of the

der Regierung des Königreichs der Niederlande schriftlich die Annahme der Änderung notifiziert haben. Die Regierung des Königreichs der Niederlande unterrichtet die anderen Vertragsparteien vom Zeitpunkt des Inkrafttretens jeder Änderung.

schriftelijk worden aanvaard en treedt in werking 30 dagen na ontvangst door de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden van een schriftelijke kennisgeving van aanvaarding van alle Overeenkomstsluitende Partijen. De Regering van het Koninkrijk der Nederlanden stelt de andere Overeenkomstsluitende Partijen in kennis van de datum van inwerkingtreding van een zodanige wijziging.

Kingdom of the Netherlands of written notification of acceptance from all of the Contracting Parties. The Government of the Kingdom of the Netherlands shall inform the other Contracting Parties of the date of entry into force of any such amendment.

Artikel XIV

Tritt das Vereinigte Königreich dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft oder einem an dessen Stelle tretenden Vertrag bei, so überprüfen die Vertragsparteien dieses Übereinkommen, um alle dadurch erforderlich werdenden oder wünschenswert erscheinenden Änderungen vorzunehmen.

Artikel XIV

In geval van toetreding van het Verenigd Koninkrijk tot het Verdrag tot oprichting van de Europese Gemeenschap voor Atoomenergie of tot een verdrag dat voor dit Verdrag in de plaats treedt, onderwerpen de Overeenkomstsluitende Partijen deze Overeenkomst aan een onderzoek ten einde vast te stellen in hoeverre wijzigingen als gevolg van deze toetreding nodig of wenselijk zijn.

Article XIV

In the event of the accession of the United Kingdom to the Treaty establishing the European Atomic Energy Community, or to any Treaty which might replace it, the Contracting Parties shall review this Agreement with a view to making any amendments which may consequently be necessary or desirable.

Artikel XV

Nachdem dieses Übereinkommen zehn Jahre lang in Kraft gewesen ist, kann jede Vertragspartei schriftlich unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr von dem Übereinkommen zurücktreten. Die Vertragsparteien verhandeln daraufhin sofort über eine Regelung der Folgen des Rücktritts.

Artikel XV

Nadat deze Overeenkomst tien jaar van kracht is geweest, kan iedere Overeenkomstsluitende Partij, met inachtneming van een opzeggingstermijn van een jaar, deze Overeenkomst schriftelijk opzeggen. De Overeenkomstsluitende Partijen voeren onmiddellijk daarop onderhandelingen met het oog op de regeling van de gevolgen van een zodanige opzegging.

Article XV

After this Agreement has been in force for a period of ten years, any Contracting Party may give one year's notice in writing of withdrawal from this Agreement. Negotiations shall promptly be held between the Contracting Parties to regulate the consequences of such a withdraw l.

Artikel XVI

Dieses Übereinkommen kann jederzeit mit einhelliger Zustimmung der Vertragsparteien beendet werden. In diesem Fall wird zwischen ihnen ein Protokoll zur entsprechenden Regelung ihrer Rechte und Pflichten geschlossen, das auch Bestimmungen über die Behandlung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten enthält, die sich aus ihrer Zusammenarbeit im Rahmen dieses Übereinkommens ergeben.

Artikel XVI

Deze Overeenkomst kan te allen tijde met eenstemmige goedkeuring van de Overeenkomstsluitende Partijen worden beeindigd. In dit geval wordt tussen hen een Protocol gesloten voor een dienovereenkomstige regeling van de rechten en verplichtingen, waaronder begrepen bepalingen aangaande de te volgen handelwijze met betrekking tot activa en passiva verband houdend met de samenwerking krachtens deze Overeenkomst.

Article XVI

This Agreement may at any time be terminated by the unanimous consent of the Contracting Parties. In this event a Protocol shall be concluded between them to regulate their rights and obligations consequentially, which shall include provisions for the disposal of assets and liabilities arising from their collaboration under this Agreement.

Artikel XVII

Tritt eine Vertragspartei nach Artikel XV von diesem Übereinkommen zurück oder wird dieses Übereinkommen nach Artikel XVI beendet, so wird angemessene Vorsorge für das Weiterbestehen der Verpflichtungen und Sicherungsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Artikeln VI und VII und der Maßnahmen zum Schutz geheimhaltungsbedürftiger Informationen, Unterlagen und Ausrüstungen im Zusammenhang mit Artikel V getroffen. Bis dies geschehen ist, bleiben die Artikel V, VI und VII und alle auf Grund jener Artikel getroffenen Vorkehrungen oder angewendeten Verfahren in Kraft.

Artikel XVII

In het geval van opzegging van deze Overeenkomst door een Overeenkomstsluitende partij overeenkomstig de bepalingen van Artikel XV of in geval van beëindiging van deze Overeenkomst krachtens Artikel XVI, worden geeigende voorzieningen getroffen voor de voortzetting, in verband met het bepaalde in de Artikelen VI en VII, van verbintenissen en waarborgen en, in verband met het bepaalde in Artikel V, van maatregelen, voor de bescherming van gerubriceerde gegevens, documenten en apparatuur. Zolang deze voorzieningen nog niet zijn getroffen, blijven de Artikelen V, VI en VII en alle uit hoofde daarvan tot stand gekomen regelingen of toegepaste procedures van kracht.

Article XVII

In the event of the withdrawal from this Agreement of any Contracting Party in accordance with the provisions of Article XV, or of the termination of this Agreement under Article XVI, appropriate provision shall be made for the continuation, in connection with Articles VI and VII, of undertakings and safeguards and, in connection with Article V, of measures for the protection of classified information, documents and equipment. Pending the making of such provision, the said Articles V, VI and VII, and any arrangements made or procedures applied in fulfilment thereof, shall continue in force.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekenden, daartoe behoorlijk gemachtigd, deze Overeenkomst hebben ondertekend.

IN WITNESSES WHEREOF the undersigned, being duly authorised thereto, have signed this Agreement.

GESCHEHEN zu Almelo am 4. März 1970 in drei Urschriften, jede in deutscher, niederländischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

GEDAAN te Almelo, de 4de maart 1970, in drie exemplaren, elk in de Duitse, de Nederlandse en de Engelse taal, zijnde alle teksten gelijkelijk gezaghebbend.

DONE in triplicate at Almelo this 4th day of March 1970, in the German, Netherlands and English languages, each text being equally authoritative.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Voor de Bondsrepubliek Duitsland:
Scheel
Leussink

For the Federal Republic of Germany:

Für das Königreich der Niederlande:

Voor het Koninkrijk der Nederlanden:
J. Luns
R. J. Nelissen

For the Kingdom of the Netherlands:

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:

Voor het Verenigd Koninkrijk van Groot-Britannië en Noord-Ierland:
Anthony Wedgwood Benn
Chalfont

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Anlage I

Patente und sonstige gewerbliche Rechte

(1) Im Sinne dieser Anlage

a) bezeichnet der Ausdruck „gewerbliche Rechte" alle gewerblichen Schutzrechte, insbesondere Patente, Gebrauchsmuster, Geschmacksmuster und Rechte an sogenannten „Know-how", sowie Urheberrechte;

b) bezeichnet der Ausdruck „schon bestehend" in bezug auf gewerbliche Rechte alle derartigen Rechte, die im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien oder anderswo beim Inkrafttreten dieses Übereinkommens im Eigentum oder unter der Verfügungsgewalt folgender Personen oder Körperschaften standen:

i) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik m.b.H., die Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik m.b.H. und die Uran-Isotopentrennungsgesellschaft m.b.H.;

ii) in bezug auf das Königreich der Niederlande:

die Regierung der Niederlande, die Stichting Reactor Centrum Nederland und die Ultra-Centrifuge Nederland N.V.;

iii) in bezug auf das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:

die Regierung des Vereinigten Königreichs und die United Kingdom Atomic Energy Authority;

c) bezeichnet der Ausdruck „dieses Gebiet" die Gaszentrifugen- und die damit in Verbindung stehende Technologie, die zur Anreicherung von Uran im Gaszentrifugenverfahren sowie zum Bau von Anlagen zur Herstellung von Gaszentrifugen oder zur Anreicherung von Uran genutzt werden kann.

(2) Vorbehaltlich der beim Inkrafttreten dieses Übereinkommens bestehenden früheren Verpflichtungen trifft jede Vertragspartei alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen, damit dem in Betracht kommenden gemeinsamen Industrieunternehmen eine gebührenfreie nicht ausschließliche Lizenz zur Benutzung und Ausübung der schon bestehenden und dieser Vertragspartei gehörenden gewerblichen Rechte auf diesem Gebiet sowie das Recht zur

Bijlage I

Octrooien en andere industriële rechten

(1) In deze Bijlage wordt verstaan onder:

(a) „industriële rechten", alle rechten van industriële eigendom, met name octrooien, ingeschreven tekeningen en modellen, gebruiksmodellen en rechten op „know-how", alsmede auteursrechten;

(b) „reeds bestaande", met betrekking tot industriële rechten, alle zodanige rechten die op de datum van inwerkingtreding van deze Overeenkomst op het grondgebied van een der Overeenkomstsluitende Partijen of elders in het bezit zijn van of onder de beschikkingsmacht staan van de onderstaande personen of lichamen:

(i) wat betreft de Bondsrepubliek Duitsland:

de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland, de Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik m.b.H., de Gesellschaft schaft für nukleare Verfahrenstechnik m.b.H. en de Uran-Isotopentrennungsgesellschaft m.b.H.;

(ii) wat betreft het Koninkrijk der Nederlanden:

de Nederlandse Regering, de Stichting Reactor Centrum Nederland en de Ultra-Centrifuge Nederland N.V.;

(iii) wat betreft het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland:

de Regering van het Verenigd Koninkrijk en de United Kingdom Atomic Energy Authority;

(c) „dit gebied", de technologie van de gas-ultracentrifuge en daarmede verwante technologie die gebruikt kan worden bij de verrijking van uranium volgens het gas-ultracentrifuge-procédé en bij de bouw van fabrieken voor de vervaardiging van gas-ultracentrifuges en voor de verrijking.

(2) Met inachtneming van vroeger aangegane en op de datum van inwerkingtreding van deze Overeenkomst nog bestaande verbintenissen, neemt elke Overeenkomstsluitende Partij alle in haar vermogen liggende maatregelen ten einde te verzekeren dat de in aanmerking komende gezamenlijke industriële onderneming een gratis niet-uitsluitende licentie wordt verleend voor het gebruik en de uitoefening van reeds bestaande

Annex I

Patents and other industrial rights

(1) For the purposes of this Annex:

(a) "industrial rights" shall mean all industrial property rights, in particular patents, registered designs, petty patents and rights in know-how, as well as copyrights;

(b) "pre-existing", in relation to industrial rights, shall mean all such rights held or controlled in the territory of any of the Contracting Parties or elsewhere at the date of entry into force of this Agreement by the following persons or bodies:

(i) in relation to the Federal Republic of Germany:

the Government of the Federal Republic of Germany, the Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik m.b.H., the Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik m.b.H. and the Uran-Isotopentrennungsgesellschaft m.b.H.;

(ii) in relation to the Kingdom of the Netherlands:

the Government of the Netherlands, the Stichting Reactor Centrum Nederland and the Ultra-Centrifuge Nederland N.V.;

(iii) in relation to the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

the Government of the United Kingdom and the United Kingdom Atomic Energy Authority;

(c) "the field" shall mean gas centrifuge and associated technology capable of use in the enrichment of uranium by the gas centrifuge process and in the construction of gas centrifuge manufacturing and enrichment plants.

(2) Subject to prior commitments existing at the date of entry into force of this Agreement, each Contracting Party shall take all measures within its power to ensure that the appropriate joint industrial enterprise is granted a free non-exclusive licence to use and exercise the pre-existing industrial rights in the field appertaining to such Contracting Party, and the right to grant sub-licences, for the purposes of any activity in the

Erteilung von Unterlizenzen für die Zwecke jeder Tätigkeit auf diesem Gebiet erteilt werden, die im Rahmen der in Artikel I dieses Übereinkommens bezeichneten Zusammenarbeit ausgeübt werden soll.

(3) Eine Bewertungsgruppe, die aus je einer von jeder Vertragspartei ernannten Person besteht, führt zu einem vom Gemeinsamen Ausschuß festzusetzenden Zeitpunkt eine vergleichende Bewertung der jeweiligen tatsächlichen Beiträge der jeder Vertragspartei gehörenden und schon bestehenden gewerblichen Rechte auf diesem Gebiet zu dem ersten Entwurf einer gemeinsamen Anreicherungsanlage nach dem Gaszentrifugenverfahren durch, für den sich die gemeinsamen Industrieunternehmen entschieden haben. Nach Anhörung der Inhaber dieser Rechte berichtet die Bewertungsgruppe ihre Feststellungen dem Gemeinsamen Ausschuß.

(4) Außer ihrer im Absatz 3 bezeichneten Aufgabe setzt die Bewertungsgruppe eine angemessene prozentuale Lizenzgebühr fest; diese wird auf den Wert der Anreicherungsanlagen angewendet, die auf Grund des in Absatz 3 bezeichneten Entwurfs errichtet werden.

(5) Auf Grund des Berichts der Bewertungsgruppe wird der Gemeinsame Ausschuß

a) eine bestimmte Frist, gerechnet vom endgültigen Beschluß über den im Absatz 3 bezeichneten Entwurf an, festsetzen;

b) den Wert der innerhalb dieser Frist fest für den Bau vorgesehenen Anreicherungsanlagen berechnen;

c) die erforderlichen Anweisungen für die Zahlung des nach Maßgabe des Berichts der Bewertungsgruppe auf jede Vertragspartei entfallenden Anteils der fälligen Lizenzgebühren durch das in Betracht kommende gemeinsame Industrieunternehmen erteilen.

(6) Alle gewerblichen Rechte, die sich aus den von den gemeinsamen Industrieunternehmen durchgeführten integrierten Forschungs- und Entwicklungsprogrammen ergeben und alle gewerblichen Rechte, die sich aus ähnlichen, unter der Schirmherrschaft einer der Vertragsparteien im Rahmen der in Artikel I dieses Übereinkommens bezeichneten Zusammenarbeit bis zum Beginn der integrierten Programme durchgeführten Programmen ergeben, werden dem in Betracht kom-

en aan deze Overeenkomstsluitende Partij toebehorende industriële rechten op dit gebied, en het recht wordt toegekend sublicenties te verlenen ten behoeve van alle werkzaamheden op dit gebied die moeten worden verricht in het kader van de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking.

(3) Een Evaluatiegroep, waarin elk der Overeenkomstsluitende Partijen een persoon aanwijst, stelt op een door de Gemengde Commissie te bepalen tijdstip een vergelijkend onderzoek in naar de mate waarin de onderscheiden reeds bestaande en aan elke Overeenkomstsluitende Partij toebehorende industriële rechten op dit gebied daadwerkelijk hebben bijgedragen tot het eerste gemeenschappelijke ontwerp voor een centrifugeverrijkingsfabriek, waartoe de gezamenlijke industriële ondernemingen hebben besloten. Na de bewijsvoering van de bezitters van deze rechten te hebben gehoord, brengt de Evaluatiegroep verslag over haar bevindingen uit aan de Gemengde Commissie.

(4) Naast haar taak ingevolge paragraaf (3) van deze Bijlage, stelt de Evaluatiegroep een passende royalty vast, uitgedrukt in een percentage van de waarde van verrijkingsfabrieken die met gebruikmaking van het in genoemde paragraaf (3) bedoelde ontwerp worden gebouwd.

(5) De Gemengde Commissie zal aan de hand van het verslag van de Evaluatiegroep:

(a) een vaste termijn bepalen, te rekenen van de definitieve beslissing omtrent het in paragraaf (3) van deze Bijlage bedoelde ontwerp;

(b) de waarde berekenen van verrijkingsinstallaties tot de bouw waarvan men zich binnen deze termijn vast heeft verbonden; en

(c) de nodige instructies geven voor betaling door de in aanmerking komende gezamenlijke industriële onderneming aan elke Overeenkomstsluitende Partij van haar aandeel in de verschuldigde royalty's overeenkomstig het verslag van de Evaluatiegroep.

(6) Alle industriële rechten voortvloeiend uit geïntegreerde onderzoeken ontwikkelingsprogramma's die worden uitgevoerd door de gezamenlijke industriële ondernemingen, of voortvloeiend uit soortgelijke programma's, in afwachting van de aanvang van zodanige geïntegreerde programma's uitgevoerd onder de auspiciën van een der Overeenkomstsluitende Partijen als onderdeel van de in Artikel I van de Overeenkomst omschreven samenwerking, worden overgedragen

field to be performed within the collaboration described in Article I of this Agreement.

(3) A comparative evaluation of the respective effective contributions made by the pre-existing industrial rights in the field appertaining to each Contracting Party to the first joint centrifuge enrichment plant design decided upon by the joint industrial enterprises shall be made, at a time to be determined by the Joint Committee, by an Evaluation Group composed of one person nominated by each Contracting Party. Having heard evidence from the holders of these rights, the Evaluation Group shall report its findings to the Joint Committee.

(4) In addition to its task under paragraph (3) of this Annex, the Evaluation Group shall fix an appropriate percentage royalty to be applied to the value of enrichment plant to be constructed using the design referred to in the said paragraph (3).

(5) On the basis of the report of the Evaluation Group, the Joint Committee shall:

(a) determine a fixed period of time from the final decision upon the design referred to in paragraph (3) of this Annex;

(b) compute the value of enrichment plant firmly committed in that period for construction; and

(c) give the necessary instructions for the payment by the appropriate joint industrial enterprise to each Contracting Party of its share, in accordance with the report of the Evaluation Group, of the royalties due.

(6) All industrial rights arising out of integrated research and development programmes put into effect by the joint industrial enterprises, or arising out of similar programmes pursued under the auspices of any of the Contracting Parties as part of the collaboration described in Article I of this Agreement pending the commencement of such integrated programmes, shall be assigned to the appropriate joint industrial enterprise. However, applications for patents for

menden gemeinsamen Industrieunternehmen übertragen. Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen können jedoch erforderlichenfalls in erster Linie vom Urheber der Erfindung oder des Musters vorgenommen werden; alle Rechte an diesen Patenten oder Gebrauchsmustern werden dem in Betracht kommenden gemeinsamen Industrieunternehmen innerhalb von sechs Monaten nach der Anmeldung übertragen.

(7) Das betreffende gemeinsame Industrieunternehmen erteilt hinsichtlich der in Absatz 6 bezeichneten gewerblichen Rechte sowie hinsichtlich anderer gewerblicher Rechte auf diesem Gebiet, die ihm gehören oder über die es verfügen kann,

a) gebührenfreie Lizenzen für die Zwecke jeder Tätigkeit auf diesem Gebiet, die im Rahmen der in Artikel I dieses Übereinkommens bezeichneten Zusammenarbeit ausgeübt wird;

b) Lizenzen zu annehmbaren kommerziellen Bedingungen an Unternehmen in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien für andere Zwecke als die Anreicherung von Uran im Gaszentrifugenverfahren.

(8) Alle gewerblichen Rechte auf diesem Gebiet, die sich aus neuen nationalen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen auf diesem Gebiet für eine Nutzung für kommerzielle Zwecke ergeben, werden nach Artikel III Absatz 2 dieses Übereinkommens behandelt.

(9) Jede Vertragspartei stellt sicher, daß das in Betracht kommende gemeinsame Industrieunternehmen von allen Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen im Sinne des Absatzes 8 in allen Einzelheiten unterrichtet wird. Diese Unterrichtung hat nach Möglichkeit innerhalb der Frist zu erfolgen, die durch internationale Übereinkunft für die Einreichung weiterer Anmeldungen mit Priorität in anderen Staaten als dem des Urhebers der betreffenden Erfindung oder des betreffenden Musters eingeräumt wird. Vorbehaltlich des Artikels II Absatz 5 Buchstabe d des Übereinkommens hat das in Betracht kommende gemeinsame Industrieunternehmen das Recht, diese Erfindungen oder Muster in Staaten, in denen der Urheber dies unterläßt, auf eigene Kosten und im eigenen Namen zu schützen.

aan de in aanmerking komende gezamenlijke industriële onderneming. Waar nodig kunnen aanvragen voor octrooien en voor de inschrijving van tekeningen en modellen evenwel in eerste instantie worden verricht door de persoon die de uitvinding heeft gedaan of de tekening of het model heeft ontworpen, doch alle rechten op zodanige octrooien of ingeschreven tekeningen of modellen worden binnen zes maanden na de datum van de aanvraag overgedragen aan de daarvoor in aanmerking komende industriële onderneming.

(7) De betrokken gezamenlijke industriële onderneming verleent met betrekking tot de industriële rechten bedoeld in paragraaf (6) van deze Bijlage en tot andere industriële rechten op dit gebied die in haar bezit zijn of onder haar beschikkingsmacht staan:

(a) gratis licenties ten behoeve van enigerlei werkzaamheid op dit gebied die dient te worden verricht in het kader van de Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking;

(b) licenties op redelijke commerciële voorwaarden aan ondernemingen op het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partijen voor andere doeleinden dan de verrijking van uranium volgens het gas-ultracentrifuge-procédé.

(8) Alle industriële rechten op dit gebied voortvloeiend uit nieuwe nationale onderzoek- en ontwikkelingsprogramma's welke op dit gebied met het oog op exploitatie voor commerciële doeleinden worden opgesteld, worden behandeld overeenkomstig het tweede lid van Artikel III van deze Overeenkomst.

(9) Elke Overeenkomstsluitende Partij verzekert dat de aanmerking komende gezamenlijke industriële onderneming in kennis wordt gesteld van alle aanvragen voor octrooien of voor de inschrijvingen van tekeningen en modellen waarop het bepaalde in paragraaf (8) van deze Bijlage van toepassing is, en dat volledige bijzonderheden daaromtrent worden verstrekt. Wanneer mogelijk, dient een zodanige kennisgeving te worden verricht binnen de periode die bij internationale overeenkomst is toegestaan voor het indienen van verdere aanvragen met prioriteit in andere landen dan dat van de persoon die de betrokken uitvinding heeft gedaan of de betrokken tekening of het betrokken model heeft ontworpen. Met inachtneming van het bepaalde in lid 5, onder (d), van Artikel II van deze Overeenkomst, heeft de in aanmerking komende gezamenlijke industriële onderneming het recht zodanige uitvindingen of tekeningen of modellen op eigen kosten

the registration of designs may where necessary be made, in the first instance, by the originator of the invention or design, but all rights in such patents or registered designs shall be assigned to the appropriate joint industrial enterprise within six months of the date of application.

(7) The joint industrial enterprise concerned shall in relation to the industrial rights referred to in paragraph (6) of this Annex and other industrial rights in the field held or controlled by it:

(a) grant free licences for the purposes of any activity in the field to be performed within the collaboration described in Article I of this Agreement;

(b) grant licences on reasonable commercial terms to enterprises in the territories of the Contracting Parties for purposes other than the enrichment of uranium by the gas centrifuge process.

(8) All industrial rights in the field arising out of new national programmes of research and development in the field with a view to exploitation for commercial purposes shall be dealt with in accordance with paragraph (2) of Article III of this Agreement.

(9) Each Contracting Party shall ensure that the appropriate joint industrial enterprise is notified of all applications for patents or for the registration of designs falling within the terms of paragraph (8) of this Annex, and that full details thereof are provided. Such notification shall be made, whenever possible, within the period allowed by international convention for the filing of further applications with priority in countries other than that of the originator of the invention or design concerned. Subject to the provisions of sub-paragraph 5 (d) of Article II of this Agreement, the appropriate joint industrial enterprise shall have the right to protect such inventions or designs at its own expense and in its own name, in countries in which the originator thereof fails to do so.

en in haar eigen naam te beschermen in landen waarin de persoon die zodanige uitvindingen heeft gedaan of zodanige tekeningen of modellen heeft ontworpen, zulks niet doet.

(10) Eine Vertragspartei wird die gewerblichen Rechte der anderen Vertragspartei oder der gemeinsamen Industrieunternehmen weder angreifen oder anfechten noch andere Personen in diesem Sinne ermutigen oder unterstützen.

(10) Geen der Overeenkomstsluitende Partijen mag de industriële rechten van de andere Overeenkomstsluitende Partijen of van de gezamenlijke industriële ondernemingen aanvechten of betwisten of op enigerlei wijze andere personen aanmoedigen of bijstaan deze rechten aan te vechten of te betwisten.

(10) No Contracting Party shall attack or contest, or in any way encourage or assist any other person to attack or contest, the industrial rights of the other Contracting Parties or of the joint industrial enterprises.

(11) Bei der Erteilung einer Lizenz oder Unterlizenz für gewerbliche Rechte auf diesem Gebiet verlangen die Vertragsparteien und die gemeinsamen Industrieunternehmen von dem betreffenden Lizenznehmer oder Unterlizenznehmer, daß er es unterläßt, die gewerblichen Rechte der Vertragsparteien oder der gemeinsamen Industrieunternehmen anzugreifen oder anzufechten.

(11) Bij de verlening van een licentie of sub-licentie op industriële rechten op dit gebied, welke rechten aan de Overeenkomstsluitende Partijen toebehoren, verlangt elke Overeenkomstsluitende Partij en verlangen de gezamenlijke industriële ondernemingen dat de houders van deze licenties of sublicenties zich onthouden van het aanvechten of betwisten van de industriële rechten van de Overeenkomstsluitende Partijen of van de gezamenlijke industriële ondernemingen.

(11) In granting any licence or sublicence of industrial rights in the field appertaining to them, each Contracting Party and the joint industrial enterprises shall require any resulting licensee or sub-licensee to refrain from attacking or contesting the industrial rights of the Contracting Parties or of the joint industrial enterprises.

(12) Die Vertragsparteien und die gemeinsamen Industrieunternehmen behandeln Informationen von kommerziellem Wert, die auf Grund dieses Übereinkommens anfallen, mit angemessener Sorgfalt, und verlangen von allen sonstigen Personen, denen die Informationen gegebenenfalls übermittelt werden, daß sie entsprechend verfahren.

(12) De Overeenkomstsluitende Partijen en de gezamenlijke industriële ondernemingen behandelen uit commercieel oogpunt vaardevolle gegevens die voortvloeien uit deze Overeenkomst met geëigende voorzorgen en verlangen van alle andere personen aan wie deze gegevens kunnen worden medegedeeld, dat dezen soortgelijke voorzorgen in acht nemen.

(12) The Contracting Parties and the joint industrial enterprises shall handle commercially valuable information arising under this Agreement with appropriate precautions, and shall require all other persons to whom the information may be communicated to observe similar precautions.

(13) Die Erteilung von Lizenzen oder Unterlizenzen durch die gemeinsamen Industrieunternehmen zur Benutzung und Ausübung der in den Absätzen 2, 6 und 8 bezeichneten gewerblichen Rechte oder anderer gewerblicher Rechte auf diesem Gebiet, die ihnen gehören oder über die sie verfügen können, außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien wird nach Maßgabe des Artikels II Absatz 5 Buchstabe d dieses Übereinkommens geregelt.

(13) De verlening door de gezamenlijke industriële ondernemingen van licenties of sub-licenties voor het gebruik en de uitoefening buiten het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partijen van de industriële rechten bedoeld in de paragrafen (2), (6) en (8) van deze Bijlage of van andere industriële rechten op dit gebied die in hun bezit zijn of onder hun beschikkingsmacht staan, wordt geregeld overeenkomstig lid (5), onder (d), van Artikel II van deze Overeenkomst.

(13) The granting of licences or sub-licences by the joint industrial enterprises to use and exercise outside the territories of the Contracting Parties the industrial rights referred to in paragraphs (2), (6) and (8) of this Annex or any other industrial rights in the field held or controlled by the joint industrial enterprises shall be regulated in accordance with subparagraph 5 (d) of Article II of this Agreement.

Anlage II

Sicherheitsverfahren und Geheimhaltung

(1) Die Vertragsparteien treffen alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlußsachen, d. h. geheimhaltungsbedürftige Informationen, Unterlagen oder Ausrüstungen, die im Zusammenhang mit der in Artikel I dieses Übereinkommens bezeichneten Zusammenarbeit ausgetauscht werden, zu schützen.

(2) Die Vertragsparteien treffen in ähnlicher Weise alle geeigneten Maßnahmen, um Gegenstände zu schützen, die sich aus der in Artikel I dieses Übereinkommens bezeichneten Zusammenarbeit ergeben und die nach der in Absatz 4 vorgesehenen gemeinsamen Geheimhaltungspolitik zu Verschlußsachen erklärt worden sind.

(3) Die Vertragsparteien wenden auf alle derartigen Verschlußsachen die Sicherheitsmaßnahmen an, die für ihre nationalen Verschlußsachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrads gelten, doch dürfen die angewandten Maßnahmen keinesfalls weniger streng sein als die gegenseitig vereinbarten Grundsätze und Mindestmaßstäbe.

(4) a) Nach Artikel II Absatz 5 Buchstabe b dieses Übereinkommens befaßt sich der Gemeinsame Ausschuß mit allen Fragen im Zusammenhang mit den Geheimhaltungsvorkehrungen und Sicherheitsverfahren, die auf die in den Absätzen 1 und 2 dieser Anlage bezeichneten Gegenstände anzuwenden sind.

b) Jede Vertragspartei bestimmt eine amtliche Stelle, die für die Durchführung derartiger Vorkehrungen und Verfahren in ihrem Hoheitsgebiet im Einklang mit einer gemeinsamen Geheimhaltungspolitik verantwortlich ist.

c) Um sich nötigenfalls von der zufriedenstellenden und wirksamen Durchführung des Buchstabens b zu überzeugen, kann der Gemeinsame Ausschuß jederzeit von jeder der nach Buchstabe b bestimmten amtlichen Stellen alle für notwendig erachtete Berichte anfordern.

(5) a) Verschlußsachen im Sinne des Absatzes (1) tragen einen der für den Ursprungsstaat in Absatz 6 festgelegten Geheimhaltungsgrade. Bei Emp-

Bijlage II

Beveiligingsmaatregeln en rubricering

(1) De Overeenkomstsluitende Partijen nemen alle geëigende maatregelen ter beveiling van gerubriceerde stukken, d.w.z. alle gerubriceerde gegevens, bescheiden of uitrusting die tussen hen worden uitgewisseld in verband met de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking.

(2) De Overeenkomstsluitende Partijen nemen voorts alle geëigende maatregelen ter beveiliging van alle stukken die kunnen voortvloeien uit de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking en die zijn gerubriceerd overeenkomstig een gemeenschappelijk rubriceringsbeleid, zoals is voorzien in paragraaf (4) van deze Bijlage.

(3) De Overeenkomstsluitende Partijen passen op alle zodanig gerubriceerde stukken de voor hun nationale gerubriceerde stukken met een overeenkomstige rubriceringsgraad geldende beveilingsvoorschriften toe, doch de toegepaste voorschriften mogen in geen geval minder streng zijn dan de onderling overeengekomen beginselen en minimumnormen.

(4) (a) Overeenkomstig lid (5), onder (b), van Artikel II van deze Overeenkomst bestudeert de Gemengde Commissie alle vragen verband houdende met de rubriceringsregelingen en beveiligingsmaatregelen die moeten worden toegepast op de in de paragrafen (1) en (2) van deze Bijlage bedoelde stukken.

(b) Elke Overeenkomstsluitende Partij wijst een instantie aan die verantwoordelijk is voor de uitvoering op haar grondgebied van zodanige regelingen en maatregelen overeenkomstig een gemeenschappelijk rubriceringsbeleid.

(c) Indien nodig, ten einde zich te overtuigen van de bevredigende en doeltreffende tenuitvoerlegging van alinea (b) van deze paragraaf, kan de Gemengde Commissie te allen tijde bij de instanties, overeenkomstig het in die alinea bepaalde aangewezen, verslagen opvragen voor zover zij zulks nodig acht.

(5) (a) Gerubriceerde stukken waarop paragraaf (1) van deze Bijlage van toepassing is, dragen een van de rubriceringsgraden die voor de

Annex II

Security Procedures and Classification

(1) The Contracting Parties shall take all appropriate measures to protect any classified matter, that is to say any classified information, documents or equipment, which may be exchanged in connection with the collaboration described in Article I of this Agreement.

(2) The Contracting Parties shall similarly take all appropriate measures to protect any matter which may result from the collaboration described in Article I of this Agreement and which has been classified in accordance with a common classification policy as provided for in paragraph (4) of this Annex.

(3) The Contracting Parties shall apply to all such classified matter the security measures applicable to their national classified matter of a corresponding security grading, but in no case shall the measures applied be less strict than the principles and minimum standards mutually agreed.

(4) (a) In accordance with sub-paragraph (5) (b) of Article II of this Agreement, the Joint committee shall consider any questions arising out of the classification arrangements and security procedures to be applied to the matter referred to in paragraphs (1) and (2) of this Annex.

(b) Each Contracting Party shall designate an Agency to be responsible for the execution of such arrangements and procedures in its territory in accordance with a common classification policy.

(c) Where necessary in order to satisfy itself as to the satisfactory and effective implementation of sub-paragraph (b) of this paragraph, the Joint Committee may at any time call for such reports from any of the Agencies designated in accordance with that sub-paragraph as it deems necessary.

(5) (a) Classified matter falling within the terms of paragraph (1) of this Annex shall bear one of the security gradings specified in respect

fang sind derartige Verschlußsachen außerdem von der amtlichen Stelle des Empfangsstaats oder in ihrem Auftrag mit dem entsprechenden nationalen Geheimhaltungsgrad zu kennzeichnen. Der Empfangsstaat darf diesen Geheimhaltungsgrad ohne Zustimmung des Ursprungsstaats weder herabsetzen noch aufheben.

b) Der Gemeinsame Ausschuß gibt Anweisungen für die jeweilige Anwendung der in Absatz 6 bezeichneten Geheimhaltungsgrade nach Maßgabe einer gemeinsamen Geheimhaltungspolitik auf Gegenstände, die sich aus der in Artikel I dieses Übereinkommens bezeichneten Zusammenarbeit ergeben.

(6) Einander entsprechende Geheimhaltungsgrade im Sinne dieser Anlage sind:

In der Bundesrepublik Deutschland
STRENG GEHEIM
GEHEIM
VS-VERTRAULICH
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Im Königreich der Niederlande
ZEER GEHEIM
GEHEIM
CONFIDENTIEEL oder VERTROUWELIJK
DIENSTGEHEIM

Im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
TOP SECRET
SECRET
CONFIDENTIAL
RESTRICTED

(7) Verschlußsachen werden von einem Staat in einen anderen durch diplomatischen Kurier oder auf eine andere von den amtlichen Stellen der betreffenden Vertragsparteien zu vereinbarende sichere Weise befördert.

(8) a) Besucher erhalten keinen Zutritt zu Sperrzonen in den Hoheitsgebieten der Vertragsparteien, die für die Zwecke der in Artikel I dieses Übereinkommens bezeichneten Zusammenarbeit benutzt werden, und keinen Zugang zu Verschlußsachen, sofern sie nicht zum Zugang zu Verschlußsachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrads in ihrem eigenen Staat

Staat van herkomst zijn aangegeven in paragraaf (6) van deze Bijlage. Bij ontvangst wordt bovendien op deze gerubriceerde stukken door of op gezag van de instantie van de ontvangende Staat de overeenkomstige nationale rubriceringsgraad aangegeven. De ontvangende Staat mag een zodanige rubriceringsgraad niet verlagen of opheffen zonder toestemming van de Staat van herkomst.

(b) De Gemengde Commissie verstrekt richtlijnen voor de toepassing van de onderscheiden rubriceringsgraden aangegeven in paragraaf (6) overeenkomstig een gemeenschappelijk rubriceringsbeleid, op stukken welke zijn opgesteld als resultaat van de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking.

(6) De onderling vergelijkbare rubriceringsgraden in de zin van deze Bijlage zijn:

In de Bondsrepubliek Duitsland
STRENG GEHEIM
GEHEIM
VS-VERTRAULICH
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

In het Koninkrijk der Nederlanden
ZEER GEHEIM
GEHEIM
CONFIDENTIEEL of VERTROUWELIJK
DIENSTGEHEIM

In het Verenigd Koninkrijk van Groot-Britannië en Noord-Ierland
TOP SECRET
SECRET
CONFIDENTIAL
RESTRICTED

(7) Gerubriceerde bescheiden worden van een der landen naar een ander overgebracht door tussenkomst van de diplomatieke koeriersdienst of op een andere veilige wijze die de instanties van de betrokken Overeenkomstsluitende Partijen kunnen overeenkomen.

(8) (a) Toegang tot de beveiligde sectoren van gebouwen op het grondgebied van de Overeenkomstsluitende Partijen die worden gebruikt voor de in Artikel I van deze Overeenkomst omschreven samenwerking, en toegang tot gerubriceerde stukken worden aan bezoekers alleen verleend, indien zij in hun eigen Staat toegang hebben tot gerubriceerde

of the State of origin in paragraph (6) of this Annex. On receipt such classified matter shall in addition be marked with the corresponding national security grading by the Agency of the receiving State or under its authority. The receiving State may not lower or remove such a security grading without the consent of the State of origin.

(b) The Joint Committee shall give directions for the application as appropriate of the security gradings specified in paragraph (6), in accordance with a common classification policy, to matter which may result from the collaboration described in Article I of this Agreement.

(6) Corresponding security gradings within the meaning of this Annex are:

In the Federal Republic of Germany
STRENG GEHEIM
GEHEIM
VS-VERTRAULICH
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

In the Kingdom of the Netherlands
ZEER GEHEIM
GEHEIM
CONFIDENTIEEL or VERTROUWELIJK
DIENSTGEHEIM

In the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
TOP SECRET
SECRET
CONFIDENTIAL
RESTRICTED

(7) Classified matter shall be transferred from one country to another by Diplomatic Bag or by such other secure means as may be agreed between the Agencies of the Contracting Parties concerned.

(8) (a) No admission of visitors to restricted areas of premises in the territories of the Contracting Parties used for the purposes of the collaboration described in Article I of this Agreement nor access by them to classified matter shall be granted unless they are authorised to have access to classified matter of the corresponding security grading in their

ermächtigt und von der nach Absatz 4 bestimmten amtlichen Stelle des betreffenden Staats bevollmächtigt sind.

b) Die Vollmacht muß schriftlich sein und ist der amtlichen Stelle des zu besuchenden Staates im voraus zuzuleiten. Darin sind Umfang und Dauer der Bevollmächtigung sowie der höchste Geheimhaltungsgrad anzugeben, zu dem Zugang gewährt werden kann.

c) Jeder Besuch ist der amtlichen Stelle des zu besuchenden Staates im voraus mitzuteilen; sie ist für eine rechtzeitige Unterrichtung der zur Gewährung des Zutritts zu der Sperrzone befugten Person oder Personen verantwortlich. In der Mitteilung ist anzugeben, auf welchem Sachgebiet dem Besucher Zugang zu Verschlußsachen gegeben werden kann.

(9) a) i) Geht eine Verschlußsache im Sinne des Absatzes 1 verloren oder wird sie in dem Staat, an den sie übermittelt worden ist, unbefugt preisgegeben oder besteht der begründete Verdacht einer unbefugten Preisgabe, so ist die amtliche Stelle des Ursprungsstaats unverzüglich zu benachrichtigen.

ii) Geht eine Verschlußsache im Sinne des Absatzes 2 verloren oder wird sie unbefugt preisgegeben oder besteht der begründete Verdacht einer unbefugten Preisgabe, so ist der Gemeinsame Ausschuß unverzüglich zu benachrichtigen.

stukken van dezelfde rubriceringsgraad en zij gemachtigd zijn door de overeenkomstig paragraaf (4) van deze Bijlage aangewezen instantie van die Staat.

(b) De machtiging dient schriftelijk te zijn verleend en dit geschrift dient vooraf te worden toegezonden aan de instantie van de te bezoeken Staat. In dit stuk dienen de begrenzing en de duur van de machtiging te zijn aangegeven, alsmede de hoogste rubriceringsgraad waartoe toegang tot gerubriceerde stukken kan worden verleend.

(c) De instantie van de te bezoeken Staat wordt vooraf van elk bezoek in kennis gesteld en draagt er zorg voor dat de persoon of personen die gemachtigd is, onderscheidenlijk zijn toelating tot het betrokken gebouw te verlenen, daarvan tijdig op de hoogte wordt, onderscheidenlijk worden gebracht. In de kennisgeving worden de onderwerpen genoemd met betrekking waartoe de bezoeker toegang to gerubriceerde stukken kan worden verleend.

(9) (a) (i) Ingeval gerubriceerde stukken waarop paragraaf (1) van deze Bijlage van toepassing is, in de Staat waarnaar zij zijn overgebracht, verloren gaan of, zonder dat daartoe machtiging is verleend, openbaar worden gemaakt, of ingeval er een redelijke vedenking bestaat dat openbaarmaking zonder machtiging heeft plaatsgevonden, wordt de instantie van de Staat van herkomst daarvan onverwijld op de hoogte gebracht.

(ii) Ingeval gerubriceerde stukken waarop paragraaf (2) van deze Bijlage van toepassing is, verloren gaan of, zonder dat daartoe machtiging is verleend, openbaar worden gemaakt, of ingeval er een redelijke verdenking bestaat dat openbaarmaking zonder machtiging heeft plaatsgevonden, wordt de Gemengde Commissie daarvan onverwijld op de hoogte gebracht.

own State, und are accredited by the Agency of that State designated in accordance with paragraph (4) of this Annex.

(b) The accreditation shall be in writing and shall be sent in advance to the Agency of the State to be visited. It shall specify the scope and duration of the accreditation and the highest security grading to which access may be had.

(c) The Agency of the State to be visited shall be notified in advance of each visit, and shall be responsible for informing in good time the person or persons authorised to grant admission to the premises concerned. The notification shall indicate the subjects on which the visitor may be given access to classified matter.

(9) (a) (i) If classified matter falling within the terms of paragraph (1) of this Annex is lost or disclosed without authorisation in the State to which it has been transferred, or if there is reasonable suspicion of such unauthorised disclosure, the Agency of the State of origin shall be informed without delay.

(ii) If classified matter falling within the terms of paragraph (2) of this Annex is lost or disclosed without authorisation, or if there is reasonable suspicion of such unauthorised disclosure, the Joint Committee shall be informed without delay.

b) In jedem der unter Buchstabe a bezeichneten Fälle obliegen die Untersuchung der Frage, ob dieser Vorfall eine Zuwiderhandlung nach den einschlägigen Gesetzen und sonstigen Bestimmungen darstellt, und die Verfolgung einer solchen Zuwiderhandlung ausschließlich der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Vorfall stattgefunden hat, nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Bestimmungen; jedoch wird jeder anderen Vertragspartei Gelegenheit gegeben, den zuständigen Stellen der betreffenden Vertragspartei alle für die Einleitung des Verfahrens über einen derartigen Vorfall sachdienlichen Informationen vorzulegen. Die Regierung des Ursprungsstaats oder der Gemeinsame Ausschuß wird innerhalb einer angemessenen Frist unterrichtet, ob ein derartiges Verfahren eingeleitet worden und wie es gegebenenfalls ausgegangen ist.

c) Geheimhaltungsbedürftige Informationen, die nach Maßgabe dieses Absatzes übermittelt werden, genießen den gleichen Geheimhaltungsschutz wie alle sonstigen geheimhaltungsbedürftigen Informationen, die nach Maßgabe dieses Übereinkommens übermittelt werden.

(b) In alle gevallen waarop alinea (a) van deze paragraaf van toepassing is, vallen het onderzoek of een zodanig feit ingevolge de vigerende wetten en voorschriften strafbaar is, en de vervolging in verband met een zodanig strafbaar feit overeenkomstig haar binnenlandse wetgeving en interne voorschriften, volledig binnen de bevoegdheden van de Overeenkomstsluitende Partij op wier grondgebied het feit plaatsvond; alle andere Overeenkomstsluitende Partijen wordt evenwel de gelegenheid geboden de bevoegde autoriteiten van de betrokken Overeenkomstsluitende Partij alle gegevens te verstrekken die samenhangen met het onderzoek en de mogelijke vervolging in verband met een zodanig feit. De Regering van de Staat van herkomst of de Gemengde Commissie, al naar het geval is, wordt te zijner tijd medegedeeld of een zodanige rechtsvervolging is ingesteld en wat de uitslag ervan is.

(c) Gerubriceerde gegevens die ingevolge het in deze paragraaf bepaalde worden overgedragen, genieten dezelfde mate van beveiliging als alle andere gerubriceerde gegevens die op grond van deze Overeenkomst worden overgedragen.

(b) In any case falling within the terms of sub-paragraph (a) of this paragraph, the investigation of whether such an occurrence constitutes an offence under the applicable laws and regulations, and the prosecution of such an offence, shall lie entirely within the competence of the Contracting Party within whose territory the occurrence took place, in accordance with its domestic legislation and internal regulations; nevertheless, an opportunity shall be given to any other Contracting Party to lay before the competent authorities of the Contracting Party in question any information relevant to the institution of proceedings in respect of such an occurrence. The Government of the State of origin or the Joint Committee, whichever is appropriate, shall be informed in due course whether such proceedings have been instituted or not and of their outcome.

(c) Classified information transferred under the provisions of this paragraph shall be entitled to the same degree of protection as any other classified information transferred subject to this Agreement.

Denkschrift zu dem Übereinkommen

I. Allgemeines

Nach Wiederaufnahme der Arbeiten zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955 hatten einige deutsche Gruppen auch mit Forschungen und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Urananreicherung begonnen. Diese Arbeiten haben mit dem Anwachsen und den weiterhin steigenden Aussichten der Stromerzeugung mittels Kernreaktoren in der Bundesrepublik Deutschland immer größere Bedeutung gewonnen.

Es ist davon auszugehen, daß die installierte Kernkraftwerkleistung in der Bundesrepublik Deutschland von z. Z. rund 1000 Megawatt (MWe) auf ungefähr 20—25 000 MWe im Jahre 1980 ansteigen wird. Ebenso wie in den Vereinigten Staaten und seit kurzem auch in Großbritannien und Frankreich werden die deutschen Kernkraftwerke in Zukunft nur angereichertes Uran verwenden. Der Bedarf an angereichertem Uran wird sich bis 1980 voraussichtlich auf jährlich 4 bis 6 Millionen Trennarbeitseinheiten (TAE) allein in der Bundesrepublik Deutschland erhöhen. Zur selben Zeit dürfte in der Europäischen Gemeinschaft (ohne Großbritannien) ein Bedarf von 7 bis 11,5 Millionen TAE und in Großbritannien ein Bedarf von 2 bis 2,5 Millionen TAE gegeben sein.

Für Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland kann angereichertes Uran zur Zeit praktisch nur aus den Vereinigten Staaten bezogen werden, die sich im Rahmen des bis 1995 geltenden Zusammenarbeitsabkommens mit der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) zur Lieferung von angereichertem Uran für den Bedarf in der Gemeinschaft bis zu einer jetzt auf 215 Tonnen festgelegten Höchstmenge von Uran-235 verpflichtet haben. Damit ist die Versorgung nur derjenigen Kernkraftwerke in der Gemeinschaft garantiert, die bis etwa 1975 gebaut werden. Die kleineren Anreicherungsanlagen in Großbritannien und Frankreich kommen für eine Versorgung deutscher Kernkraftwerke nicht nennenswert in Betracht. Die britische Anlage in Capenhurst vermag nur den zivilen britischen Bedarf in der bis Mitte der siebziger Jahre zu erwartenden Höhe zu decken, die französische Anlage in Pierrelatte produziert auf absehbare Zeit im wesentlichen nur die für französische Atomwaffen und Atom-Unterseeboote benötigten Mengen. Möglichkeiten zum Bezug von angereichertem Uran aus der Sowjetunion sind für die Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben. Andere Länder außer der Volksrepublik China verfügen nicht über Anreicherungskapazitäten.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Urananreicherung hat schon seit Ende der sechziger Jahre zu Überlegungen geführt, ob nicht in der Gemeinschaft oder in einem weiteren europäischen Rahmen eine eigene Urananreicherungskapazität geschaffen werden soll, die wenigstens teilweise die Versorgung der europäischen Kernkraftwerke auf längere Sicht übernehmen könnte. Für diese Überlegungen war maßgebend, daß die Kernkraftwerke in den meisten westeuropäischen Staaten fast vollständig von der Produktion amerikanischer Anreicherungsanlagen abhängig sind, und daß eine Erhöhung der amerikanischen Lieferzusagen gegenüber Euratom, die schon durch die in den nächsten Jahren in Betrieb gehenden Kernkraftwerke erschöpft werden, nicht gesichert ist.

Während die bereits bestehenden Anreicherungsanlagen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich und in der Sowjetunion nach dem sogenannten Gasdiffusionsverfahren arbeiten, sind Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland auf das Gasultrazentrifugen- und das Trenndüsenverfahren ausgerichtet. Das Trenndüsenverfahren, das — soweit bekannt — in keinem anderen Land untersucht wird, läßt wegen seiner hohen Energiekosten z. Z. noch keine wirtschaftliche Nutzung zu. Hingegen hat die Zentrifugenentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bereits einen Stand erreicht, der das wirtschaftliche Potential von Zentrifugen-Anreicherungsanlagen erkennen läßt. Deswegen konnten Mitte 1968 Aufträge zur Errichtung von zwei kleinen Versuchsanlagen und zur industriellen Weiterentwicklung von Zentrifugen zu höherer Leistung vergeben werden.

Etwa zur selben Zeit stellte sich durch kurz aufeinander folgende britische und niederländische Mitteilungen heraus, daß in den Niederlanden eine kleinere Versuchsanlage bereits gebaut und mit der Planung einer größeren Prototypanlage (jährliche Kapazität etwa 25 000 TAE) begonnen worden war, und daß in Großbritannien die wesentlichsten Voraussetzungen für den Bau einer großen Produktionsanlage auf Zentrifugenbasis schon geschaffen und deswegen die bis 1968 erwogenen und auch mit anderen Staaten erörterten Pläne zur Erweiterung der Gasdiffusionsanlage in Capenhurst aufgegeben worden waren.

Mit der britischen Mitteilung über die dortige Entwicklung und Planung war ein Angebot an die Bundesrepublik Deutschland und auch an die Niederlande zur internationalen Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung und Nutzung verbunden. Dieses Angebot hatte nicht nur erhebliche technisch-wirtschaftliche Bedeutung; vielmehr ist darüber hinaus hervorzuheben, daß sich die britische Regierung damit erklärtermaßen für eine Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten auf einem Gebiet entschieden hat, auf dem Großbritannien bis dahin ausschließlich mit den Vereinigten Staaten von Amerika zusammengearbeitet hatte. Die Bundesregierung hat diese politische Bedeutung des britischen Vorschlags hoch eingeschätzt und dafür gesorgt, daß schon bei den Verhandlungen und erst recht bei den Vereinbarungen über eine Zusammenarbeit die Möglichkeit zu einer Zusammenarbeit mit weiteren europäischen Staaten, insbesondere mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, eröffnet wird.

Deutsch-britisch-niederländische Verhandlungen über eine Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung und der Nutzung des Zentrifugenverfahrens zur

Anreicherung von Uran wurden daraufhin im Herbst 1968 begonnen und Ende 1969 mit der Einigung über den Entwurf des Übereinkommens abgeschlossen.

In dem anschließenden Verfahren gemäß Artikel 3 des Euratom-Vertrages zur Prüfung des Entwurfs auf seine Vereinbarkeit mit dem Euratom-Vertrag hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften den beteiligten Regierungen mitgeteilt, daß sie keine Einwendungen gegen den Abschluß erhebe.

Wegen des möglichen Interesses in anderen europäischen Ländern, insbesondere in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften, an einer Beteiligung an der deutsch-britisch-niederländischen Zusammenarbeit haben die beteiligten Regierungen die Kommission der Europäischen Gemeinschaften und die Regierungen der anderen Gemeinschaftsstaaten laufend über ihre Verhandlungen unterrichtet. Belgien und Italien haben daraufhin ihr Interesse an einer Zusammenarbeit bekundet. Mit Vertretern der Regierungen dieser beiden Länder sind daraufhin schon 1969 erste Gespräche aufgenommen worden, die aber noch nicht zu Abmachungen geführt haben.

II. Besonderes

Zu Artikel I

Artikel I betont in Absatz 2 den industriellen Charakter der angestrebten internationalen Zusammenarbeit. Sie soll deshalb von zwei deutsch-britisch-niederländischen Industrieunternehmen getragen werden, die ihrerseits im erforderlichem Umfang durch gemeinsame Maßnahmen der drei Regierungen unterstützt und gefördert werden sollen.

Das eine der beiden zu gründenden Industrieunternehmen, die Herstellergesellschaft (Generalunternehmer), soll sich mit der Planung und dem Bau von Anreicherungsanlagen, der Produktion der dazu erforderlichen Zentrifugen und anderer Komponenten sowie mit den zugehörigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten befassen. Entsprechend Artikel I Abs. 3 wird je ein Drittel der Anteile von der zur Zeit in Großbritannien in Gründung befindlichen, zunächst staatseigenen British Nuclear Fuels Limited (BNF), die die Produktionsgruppe der Atomenergiebehörde übernehmen soll, von der niederländischen Gesellschaft Ultra-Centrifuge Nederland (UCN), an der der Staat und einige bedeutende niederländische Firmen beteiligt sind, und von der Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik mbH (GnV) übernommen, deren Gesellschaftsanteile den bisher schon an der Zentrifugenentwicklung mitwirkenden deutschen Firmen Dornier AG, Entwicklungsring Nord Raumfahrttechnik GmbH (ERNO), Internationale Atomreaktorbau GmbH (Interatom) und Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) gehören. Die Herstellergesellschaft wird nach deutschem Gesellschaftsrecht gegründet und ihren Sitz in Bensberg bei Köln haben.

Das andere internationale Industrieunternehmen, die Anreicherungsgesellschaft, soll die Verantwortung als Bauherr und Betreiber von Anreicherungsanlagen nach dem Zentrifugenverfahren übernehmen, die von der Herstellergesellschaft geliefert werden, und die einem Betreiber obliegenden Planungs-, Entwicklungs-, Betriebs- und Vertriebsaufgaben wahrnehmen. Es ist beabsichtigt, für jede zu errichtende Anlage eine Tochtergesellschaft zu gründen, an der zu mindestens 51 % die Anreicherungsgesellschaft und im übrigen Unternehmen aus den drei zur Zeit beteiligten Staaten, später ggf. auch aus anderen Staaten beteiligt sein sollen. Das Kapital der Anreicherungsgesellschaft wird zu je einem Drittel in den Händen der BNF, der UCN und der Uran-Isotopentrennungs-GmbH (Uranit) liegen, die von den Firmen Gelsenberg AG, Farbwerke Hoechst AG und Nuklear-Chemie und Metallurgie GmbH (NUKEM) gegründet wurde. Die Anreicherungsgesellschaft soll nach britischem Recht errichtet werden und ihren Sitz im Raum London haben.

In einer ersten Phase, die sich bis etwa 1974/1975 erstrecken dürfte, sollen zwei Anreicherungsanlagen mit einer jährlichen Gesamtkapazität von 350 000 TAE in Capenhurst/Großbritannien und Almelo/Niederlande gebaut und betrieben werden. An der Anlage in Capenhurst, die in dieser Phase mindestens 200 000 TAE Jahreskapazität erreichen soll, sollen die Anreicherungsgesellschaft mit 51 % und die BNF mit 49 % beteiligt sein, an der Anlage in Almelo mit in dieser Zeit mindestens 100 000 TAE jährlicher Kapazität die Anreicherungsgesellschaft wiederum mit 51 % und die UCN sowie die Uranit mit je 24,5 %. Für den Aufbau dieser Kapazität werden anfangs noch Zentrifugen verwendet, wie sie unabhängig voneinander in den drei Staaten entwickelt worden sind; diese Zentrifugentypen werden aber sobald wie möglich von einer gemeinsam entwickelten Zentrifuge abgelöst werden, in der die Vorzüge der deutschen, britischen und niederländischen Zentrifugenmodelle optimal miteinander vereinigt werden.

Der Aufbau von Anreicherungskapazitäten über das Anfangsprogramm hinaus und damit die Tätigkeit der beiden internationalen Unternehmen werden von den technischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten auf dem Anreicherungsgebiet und vor allem davon bestimmt werden, wie sich das Zentrifugenverfahren gegenüber den konkurrierenden Diffusions- und Trenndüsenverfahren und wie sich die Dreiergruppierung — gegebenenfallss erweitert durch Industrien anderer Länder — gegenüber den anderen schon bestehenden oder künftig entstehenden Anlagen unter Marktbedingungen durchzusetzen vermag.

Die Förderungsmaßnahmen der Regierungen sollen sich jedenfalls auf die Anlaufphase bis zur Marktreife und gemäß Artikel I Abs. 4 auf ein integriertes Forschungs- und Entwicklungsprogramm beschränken.

Zu Artikel II

Wegen der politischen Aspekte jeder Zusammenarbeit bei der Erzeugung angereicherten Urans und ihrer Erstreckung auf weitere Länder sowie wegen der anfänglichen finanziellen Förderung durch die beteiligten Staaten soll ein Gemeinsamer Ausschuß aus je einem Vertreter der drei Regierungen einge-

setzt werden und die in den Absätzen 5 bis 7 im einzelnen beschriebenen Aufgaben wahrnehmen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen Fragen, die im Übereinkommen im wesentlichen geregelt sind und zu denen der Gemeinsame Ausschuß Ausführungsmaßnahmen abschließend entscheiden können soll (vgl. insbesondere Abs. 5 a, b, d bis h, Abs. 6), Fragen der Auslegung des Übereinkommens sowie der Beilegung von Meinungsverschiedenheiten (vgl. Artikel II Abs. 5 j und Artikel VIII) und Fragen, in denen der Gemeinsame Ausschuß die Vertragsparteien lediglich beraten soll (vgl. etwa Artikel II Abs. 5 c, i und Artikel XIII). Der Gemeinsame Ausschuß soll über keinen eigenen größeren Verwaltungsapparat verfügen.

Zu Artikel III

Absatz 1 a und Absatz 2 sind Ausdruck des übereinstimmenden Willens der Vertragsparteien, die Nutzung des Zentrifugenverfahrens zur Urananreicherung nur gemeinsam, und zwar über die beiden internationalen Industrieunternehmen zu betreiben und zu fördern, sich aber andererseits an der selbständigen Weiterentwicklung und Verwendung des Verfahrens nicht zu hindern, wenn das oder die Industrieunternehmen trotz entsprechender Angebote bestimmte, nach Auffassung einer Vertragspartei förderungswürdige Arbeiten oder nutzbare Forschungs- und Entwicklungsergebnisse nicht aufgreifen wollen.

Absatz 1 b soll hingegen den einzelnen beteiligten Staat in die Lage versetzen, vor allem die Anreicherungsgesellschaft zur Ausführung von Anreicherungsaufträgen zu verpflichten, die die normalerweise vorgesehene Kapazität übersteigen, indem er die dabei — etwa durch zusätzliche Investitionen oder durch Betriebsumstellungen — entstehenden Mehrkosten aufbringt oder aufbringen läßt (Satz 2). Mit dieser Regelung soll gleichzeitig erreicht werden, daß die Industrieunternehmen nicht gezwungen sein werden, auf dem Markt nicht unterzubringende Kapazitäten in unwirtschaftlicher Weise vorzuhalten, nur damit — etwa wegen Autarkiebestrebungen — jederzeit der in den Hoheitsgebieten auftretende Bedarf gedeckt werden kann.

Absatz 3 soll sicherstellen, daß die Vertragsparteien jede ernsthafte Gefährdung des Zwecks ihrer Zusammenarbeit schnell erfahren und so auch möglichst rasch und wirksam geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen oder andere Konsequenzen ziehen können, die bis zur Beendigung ihrer Zusammenarbeit reichen könnten, etwa wenn durch entscheidende technische oder wirtschaftliche Durchbrüche bei anderen Anreicherungsverfahren die Marktchancen der Zentrifugen beseitigt werden (vgl. auch Artikel II Abs. 5 i).

Zu Artikel IV

Wie bei jeder anderen fortschrittlichen Technik, die noch nicht allgemein zugänglich ist, kommt dem Schutz der Erfindungen und des technischen Erfahrungsschatzes große Bedeutung zu. Deshalb sind ausführliche Bestimmungen über Patente und sonstige gewerbliche Rechte in die Anlage I zum Übereinkommen aufgenommen worden.

Zu Artikel V

Die Vertragsparteien haben bereits in der Vergangenheit die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zum Zentrifugenverfahren und ihre Ergebnisse unter Geheimschutz gestellt, um eine sicherheitspolitisch bedenkliche Ausbreitung von Informationen über ein Anreicherungsverfahren zu verhindern, das schon bei verhältnismäßig geringer Anlagengröße und verhältnismäßig niedrigen Betriebskosten die Herstellung angereicherten Urans zu ermöglichen verspricht. Die vorgesehene Zusammenarbeit bedingt den internationalen Austausch und die gegenseitige Nutzung solcher Informationen. Daher mußten in der Anlage II ausführliche Bestimmungen über die von den Vertragsparteien zu beachtenden Geheimhaltungsregeln und die bei ihrer Anwendung erforderlichen Geheimschutzverfahren vereinbart werden.

Die zur Überbrückung der Zeit bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens abgeschlossene Regierungsvereinbarung über Sicherheitsverfahren, die in Artikel V Abs. 2 erwähnt wird und die weitgehend der Anlage II zum Übereinkommen entspricht, ist zur Information beigefügt (Anlage 1).

Zu Artikel VI

Diese Bestimmung verbietet in Absatz 1 die Verwendung von Informationen, Ausrüstungen, Ausgangs- oder besonderen spaltbaren Stoffen, über die die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande oder das Vereinigte Königreich für die Zwecke oder infolge der vereinbarten Zusammenarbeit verfügen, durch einen Nichtkernwaffenstaat (im Sinne des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen) zur Herstellung oder zum Erwerb von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern. Dieses Verwendungsverbot gilt sowohl für die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande als den an der Zusammenarbeit beteiligten Nichtkernwaffenstaaten als auch für alle drei Vertragsstaaten, soweit es die Unterstützung anderer Nichtkernwaffenstaaten bei der Herstellung oder dem Erwerb von Kernwaffen und sonstigen Kernsprengkörpern betrifft.

Absatz 2 stellt sicher, daß die Anreicherungsgesellschaft kein für Kernwaffenzwecke geeignetes hochangereichertes Uran herstellt, obwohl Großbritannien als Kernwaffenstaat an sich nach dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen in der Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern frei ist.

Zu Artikel VII

Während Absatz 1 den Grundsatz aufstellt, daß die Einhaltung der Verpflichtungen aus Artikel VI durch geeignete Sicherheitskontrollen überwacht wird, enthalten die Absätze 2 und 3 Ausführungsvorschriften. Für die Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft sollen gemäß Absatz 2 a) und c) die Euratom-Sicherheitskontrollen

gelten, und zwar unabhängig davon, ob sie wie die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande Vertragsparteien des Übereinkommens sind oder nicht. Nach diesen Bestimmungen werden die Euratom-Kontrollen auch für Großbritannien gelten, sobald es der Europäischen Atomgemeinschaft beigetreten sein wird. Bis dahin gelten für Großbritannien die Sicherheitskontrollen, die auch dem Zusammenarbeitsabkommen von 1959 zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und Großbritannien zugrundeliegen. Außerdem sollen gemäß Absatz 2 b) gegebenenfalls die Sicherheitskontrollmaßnahmen durchgeführt werden, die aus Vereinbarungen der Vertragsparteien mit der Internationalen Atomenergie-Organisation folgen; mit dieser Bestimmung soll insbesondere der auf Grund von Artikel III des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen geschaffenen Lage Rechnung getragen werden.

Für die Zusammenarbeit mit anderen Staaten oder den Export in andere Staaten sollen die für Großbritannien und die Euratom-Staaten niedergelegten Sicherheitskontrollverfahren entsprechend gelten. Vor allem für diese Fälle soll der Gemeinsame Ausschuß gemäß Absatz 3 die nötigen Maßnahmen beschließen.

Artikel VIII

Artikel VIII schreibt bei Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien im Zusammenhang mit der Zusammenarbeit ein notfalls dreistufiges Schiedsverfahren vor, in dem zunächst der Gemeinsame Ausschuß gemäß Artikel II, sodann erforderlichenfalls die Vertragsparteien selbst und notfalls eine Schiedskommission mit dem Fall befaßt wird, die abschließend entscheidet.

Die Bestimmungen über Zusammensetzung und Verfahren der Schiedskommission, über die Ernennung ihrer Mitglieder und des Vorsitzenden sowie über die Wirkung ihrer Entscheidungen entsprechen international üblichen Schiedsklauseln.

Wegen der Auslegung des Übereinkommens auf Antrag eines der internationalen Industrieunternehmen wird auf Artikel II Abs. 5 j) verwiesen.

Zu Artikel IX

Wegen der im allgemeinen Teil der Denkschrift geschilderten Dimensionen des Problems der Versorgung mit angereichertem Uran und wegen des übereinstimmenden Willens der Vertragsparteien, an ihrer Zusammenarbeit auch andere daran interessierte Länder zu beteiligen, erschien eine ausdrückliche Bestimmung über die Möglichkeit von Zusammenarbeitsvereinbarungen mit anderen Staaten oder mit internationalen Organisationen zweckmäßig. Über Inhalt und Form solcher Zusammenarbeitsvereinbarungen ist im Übereinkommen nichts enthalten, weil dies vom Einzelfall abhängen wird. Gerade deshalb ist auch die Einschaltung des Gemeinsamen Ausschusses in die Beratung über Vorschläge für Zusammenarbeitsvereinbarungen vorgesehen.

Wie schon im allgemeinen Teil erwähnt, sind bereits Erörterungen mit Belgien und Italien, den beiden einzigen Ländern, die auf Grund der Unterrichtung der anderen Euratom-Staaten ausdrücklich Beteiligungswünsche angemeldet haben, aufgenommen worden. Ob und in welcher Weise Abmachungen mit diesen oder anderen Ländern zustandekommen, läßt sich noch nicht überblicken. Das gleiche gilt für etwaige Übereinkünfte mit internationalen Organisationen, bei denen vor allem an die Europäische Atomgemeinschaft zu denken wäre, bei der durch einen Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 16./17. Dezember 1970 eine Sachverständigengruppe zur Prüfung von Fragen der Schaffung einer europäischen Anreicherungskapazität eingesetzt worden ist.

Zu Artikel X

Wenngleich die deutsche und die niederländische Regierung bei der Ausarbeitung des Übereinkommens auf eine Übereinstimmung mit dem Euratom-Vertrag geachtet haben, erschien es zur Vermeidung von Zweifeln und als Richtlinie für die Auslegung des Übereinkommens zweckmäßig, eine ausdrückliche Bestimmung über den Vorrang deutscher und niederländischer Verpflichtungen aus dem Euratom-Vertrag gegenüber den Bestimmungen des Übereinkommens aufzunehmen. Dies entspricht auch dem Sinn des Artikels 103 des Euratom-Vertrages.

Zu Artikel XI

Diese Bestimmung beruht auf staatsrechtlichen britischen und niederländischen Überlegungen um klarzustellen, daß das Übereinkommen nur für das jeweilige Mutterland und nicht auch für andere Gebiete gilt, für die die britische oder die niederländische Regierung internationale Beziehungen wahrnehmen.

Zu Artikel XII

Da das Übereinkommen in Almelo/Niederlande unterzeichnet wurde, sollen die Ratifikationsurkunden bei der niederländischen Regierung hinterlegt werden.

Zu Artikel XIII

Diese Bestimmung wurde aufgenommen, um unvorhersehbaren Veränderungen der Lage auf dem Anreicherungsgebiet und etwaigen Notwendigkeiten bei einer Ausdehnung der Zusammenarbeit auf andere Staaten oder auf internationale Organisationen, insbesondere Euratom, Rechnung tragen zu können.

Zu Artikel XIV

Mit Rücksicht auf den Wunsch des Vereinigten Königreichs, den Europäischen Gemeinschaften beizutreten, erschien eine besondere Revisionsklausel angebracht, die sich z. B. in einer Erstreckung des Artikels X auf Großbritannien auswirken könnte.

Zu Artikel XV

Das Übereinkommen ist auf unbestimmte Zeit geschlossen. Daher wurde eine Kündigungsmöglichkeit geschaffen, um unvorhersehbaren Ereignissen in der

ferneren Zukunft Rechnung zu tragen. Da die Zusammenarbeit zur Gründung internationaler Unternehmen, zur Errichtung großtechnischer Anlagen und zu einer Zusammenlegung der in den drei Staaten erworbenen Kenntnisse führen soll, was sich erst in mehreren Jahren voll auswirken kann, wurde eine einseitige Kündigung vor Ablauf von zehn Jahren nach Inkrafttreten jedoch ausgeschlossen.

Zu Artikel XVI

Eine Beendigung der Zusammenarbeit auf Grund übereinstimmenden Willens aller Vertragsparteien soll hingegen jederzeit möglich sein. Diese Bestimmung schließt insbesondere an die Klausel in Artikel II Abs. 5 i) an

Zu Artikel XVII

Den Bestimmungen der Artikel V, VI und VII über Geheimhaltung, über Verwendungsverbote für Kernwaffenzwecke und über Sicherheitskontrollen liegen außen- und sicherheitspolitische Interessen der Vertragsparteien zugrunde. Es muß daher sichergestellt werden, daß diese Interessen hinsichtlich der im Laufe der Zusammenarbeit in ein anderes Land übertragenen Informationen, Ausrüstungen und Materialien auch nach Beendigung der Zusammenarbeit gewahrt bleiben.

Zur Anlage I

Absatz 1 enthält die Definition für den Anwendungsbereich der Regeln über gewerbliche Rechte. Der Ausdruck „gewerbliche Rechte" ist im Übereinkommen aus redaktionellen Gründen als Oberbegriff für gewerbliche Schutzrechte (insbesondere Patente, Gebrauchsmuster und Geschmacksmuster), Rechte am technischen Erfahrungsschatz („know how") und Urheberrechte gewählt worden.

Die Absätze 2 bis 5 betreffen Kenntnisse und Schutzrechte, die vor Inkrafttreten des Übereinkommens in jedem der drei Staaten auf Grund eigener Anstrengungen erarbeitet wurden. Diese sollen nach Absatz 2, soweit dem nicht Rechte Dritter entgegenstehen, in möglichst weitgehendem Umfang der Anreicherungs- und der Herstellergesellschaft — jeweils für ihren Bereich — für die Zwecke der vereinbarten Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden, damit die beiden Industrieunternehmen nicht die früheren britischen, deutschen und niederländischen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten nachvollziehen müssen. Da der Wert der Beiträge, die die Erfahrungen und Rechte jeder einzelnen Vertragspartei zu der gemeinsamen Entwicklung und Produktion leisten werden, nicht von vornherein bestimmt werden kann, sollen die gemeinsamen Industrieunternehmen diesen Erfahrungsschatz zunächst kostenlos nutzen können. Sobald jedoch der erste gemeinsame Entwurf einer Anreicherungsanlage mit Zentrifugen vorliegt, wird sich bemessen lassen, in welchem Umfang hierzu die eingebrachten Kenntnisse und Rechte aus der Bundesrepublik Deutschland, aus den Niederlanden und aus dem Vereinigten Königreich beigetragen haben. Deshalb soll dann eine paritätische Sachverständigengruppe den relativen Wert der tatsächlichen nationalen Beiträge zum gemeinsamen Anlagenentwurf und einen angemessenen Lizenzsatz festlegen, der nach Maßgabe von Beschlüssen des Gemeinsamen Ausschusses auf den Gesamtwert der innerhalb einer zu bestimmenden Frist beschlossenen Anreicherungsanlagen bezogen und den betreffenden Vertragsparteien von den oder einem der beiden Industrieunternehmen vergütet werden soll. Von einem Ausgleich der relativen Beiträge der von den drei Staaten eingebrachten Vorkenntnisse zu späteren gemeinsamen Anreicherungsanlagen soll hingegen abgesehen werden, da wegen der rasch fortschreitenden technischen Entwicklung die Bedeutung der Vorkenntnisse gegenüber den dann schon gemeinsam gewonnenen Erfindungen und Erfahrungen schnell schwinden wird.

Absatz 6 betrifft die nach Inkrafttreten des Übereinkommens in den drei Staaten entstandenen gewerblichen Rechte, und zwar gleichgültig, ob sie schon im Rahmen der in Artikel I Abs. 4 vorgesehenen integrierten Programme der beiden Industrieunternehmen oder noch vor der Integration der drei nationalen Programme anfallen. Hier gilt der Grundsatz, daß die gewerblichen Rechte dem jeweils sachnäheren gemeinsamen Industrieunternehmen zustehen sollen.

In Abweichung hiervon sieht Absatz 6 Satz 2 vor, daß in einem Vertragsstaat, in dem es nach dem nationalen Recht erforderlich ist, in erster Linie der Erfinder die Anmeldung vornehmen darf. Da dieser Gedanke allerdings im Vertragstext nicht ganz deutlich zum Ausdruck kommt, ist beabsichtigt, im Hinblick auf die Vorschriften des deutschen Rechts über Arbeitnehmererfindungen, nach denen nur der Arbeitgeber ein Anmeldungsrecht hat, folgende Erklärung bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abzugeben:

> „Die Bundesrepublik Deutschland legt das Wort ‚erforderlichenfalls' (im niederländischen Text: ‚waar nodig ... evenwel'; im englischen Text: ‚where necessary') in Absatz 6 Satz 2 des Anhangs I zum Übereinkommen nur als Bezugnahme auf innerstaatliche Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates aus, nach denen die Anmeldung in erster Linie durch den Urheber der Erfindung selbst erforderlich ist."

Absatz 7 stellt sicher, daß die gemeinsamen Industrieunternehmen für alle Zwecke der vereinbarten Zusammenarbeit, soweit sie nicht von ihnen selbst, sondern z. B. von Unterauftragnehmern durchgeführt wird, unentgeltliche Lizenzen an den gewerblichen Rechten erteilen, über die sie verfügen.

Absatz 7 litt. b) geht auf den Wunsch der Vertragsparteien zurück, Unternehmen in ihren Hoheitsgebieten die Möglichkeit zu verschaffen, auch für Zwecke außerhalb der Anreicherung mittels Zentrifugen Nutzungsrechte an gewerblichen Rechten der gemeinsamen Industrieunternehmen zu erlangen, allerdings nicht kostenlos, sondern weil diese Nutzung nicht der vereinbarten Zusammenarbeit dient, zu kommerziellen Bedingungen.

Absatz 8 verweist lediglich auf die Regelungen des Artikels III über gewerbliche Rechte, die innerhalb eines von den gemeinsamen Industrieunternehmen nicht angenommenen und daraufhin von einer Vertragspartei durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsprogramms erlangt werden.

Die Artikel III ergänzenden Bestimmungen des Absatzes 9 sollen nicht nur sicherstellen, daß die internationalen Industrieunternehmen vor allem im Hinblick auf ihre in Artikel III Abs. 2 bestimmte Option zur Nutzung der Ergebnisse solcher nationalen Programme rechtzeitig über Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen in diesem Bereich unterrichtet werden, sondern ihnen auch zur Ergänzung ihres Schutzrechtsportefeuilles eine Option zur Nachanmeldung in den Ländern einräumen, in denen der Urheber der Erfindung oder des Musters nicht selbst anmeldet.

Die Absätze 10 und 11 enthalten übliche Klauseln über Vorkehrungen zum Schutz vor Schutzrechtsstreitigkeiten zwischen den an der Zusammenarbeit Beteiligten.

Absatz 12 beruht auf der Erwägung, daß auch durch formelle Schutzrechte nicht gesicherte, kommerziell verwertbare Informationen geschützt werden müssen.

Absatz 13 weist nur auf den Umstand hin, daß aus Gründen der Geheimhaltung die Verbringung von Informationen in Länder außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien der Zustimmung des Gemeinsamen Ausschusses bedarf.

Zur Anlage II

Die Bestimmungen der Anlage II sollen dem Umstand Rechnung tragen, daß ein erheblicher Teil der Kenntnisse und Erfahrungen zur Zentrifugentechnik nach übereinstimmender Ansicht der Vertragsparteien geheimgehalten werden muß, weil sie auch zur Erzeugung von Ausgangsmaterial für die Herstellung von Kernwaffen benutzt werden könnten und daher nicht in unbefugte Hände geraten dürfen. Die einzelnen Bestimmungen regeln zunächst die Festlegung einer gemeinsamen Geheimhaltungspolitik der Vertragsparteien (vgl. Absatz 4 a), Vorkehrungen zur Durchführung einer solchen Politik (vgl. insbesondere Absätze 1 bis 3) und die Zuständigkeiten des Gemeinsamen Ausschusses und einer von jeder Vertragspartei zu bestimmenden „amtlichen Stelle" (vgl. vor allem Absätze 4 a, b, c und 5 b). Die übrigen Vorschriften der Anlage II enthalten Begriffsbestimmungen (Absatz 6), Regelungen über Kennzeichnung (Absatz 5 a) und Beförderung von Verschlußsachen (Absatz 7), Bestimmungen über die Ermächtigung zum Zugang zu Verschlußsachen (Absatz 8) und schließlich Regeln für die Untersuchung und Verfolgung von Verstößen gegen Geheimhaltungsvorschriften (Absatz 9).

Anlage zur Denkschrift

Interim-Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung des Königreichs der Niederlande und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland über Sicherheitsverfahren und Geheimhaltung im Zusammenhang mit der beabsichtigten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Isotopentrennung mittels des Gaszentrifugenverfahrens

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

die Regierung des Königreichs der Niederlande und

die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland —

im Hinblick darauf, daß die Versorgung mit angereichertem Uran für andere Zwecke als die Herstellung von Kernwaffen eine Angelegenheit von großer Bedeutung ist;

in der Erwägung, daß Westeuropa über eine erhebliche Kapazität für die Urananreicherung verfügen sollte, und in dem Wunsch, zu diesem Zweck in vollem Umfang Mittel und Wege einer Zusammenarbeit zur Anwendung des Gaszentrifugenverfahrens auf industrieller und kommerzieller Grundlage möglichst umgehend und mit geringstmöglichem Kostenaufwand zu erkunden;

in der Erkenntnis, daß bis zum Abschluß einer Vereinbarung über eine Zusammenarbeit die Erkundung der diesbezüglichen Mittel und Wege den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen und Unterlagen über den derzeitigen Entwicklungsstand des Gaszentrifugenverfahrens in ihren jeweiligen Staaten erforderlich machen könnte;

in dem Wunsch, für den gegenseitigen Schutz solcher Informationen und Unterlagen, die gegebenenfalls ausgetauscht werden müssen, Vorsorge zu treffen —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Die Vertragsparteien treffen alle geeigneten Maßnahmen, um geheimhaltungsbedürftige Informationen und Unterlagen zu schützen, die zwischen ihnen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Zusammenarbeit beim Gaszentrifugenverfahren ausgetauscht werden. Sie wenden auf derartige Informationen und Unterlagen die für eigene Verschlußsachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrads geltenden Sicherheitsmaßnahmen an, doch dürfen die angewandten Maßnahmen keinesfalls weniger streng sein als die gegenseitig vereinbarten Grundsätze und Mindestmaßstäbe.

Artikel II

Jede Vertragspartei bestimmt eine amtliche Stelle, die für die Durchführung dieser Vereinbarung verantwortlich ist.

Artikel III

(1) Verschlußsachen, die von einem Staat an einen anderen übermittelt werden, tragen einen der für den Ursprungsstaat in Absatz 2 angegebenen Geheimhaltungsvermerke. Bei Empfang sind derartige Verschlußsachen von der amtlichen Stelle des Empfangsstaats oder auf ihre Veranlassung zusätzlich mit dem entsprechenden nationalen Geheimhaltungsgrad zu kennzeichnen. Der Empfangsstaat darf diesen Geheimhaltungsgrad nur mit Zustimmung des Ursprungsstaats herabsetzen oder aufheben.

(2) Einander entsprechende Geheimhaltungsgrade im Sinne dieser Vereinbarung sind:

in der Bundesrepublik Deutschland
STRENG GEHEIM
GEHEIM
VS-VERTRAULICH
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

im Königreich der Niederlande
ZEER GEHEIM
GEHEIM
CONFIDENTIEEL oder VERTROUWELIJK
DIENSTGEHEIM

im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
TOP SECRET
SECRET
CONFIDENTIAL
RESTRICTED

(3) Geheimhaltungsbedürftige Unterlagen werden durch diplomatischen Kurier von einem Staat zum anderen übermittelt.

Artikel IV

(1) Besuchern wird im Rahmen dieser Vereinbarung Zutritt zu Sperrgebieten von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen oder Zugang zu Verschlußsachen nur gewährt, sofern sie für den Zugang zu Verschlußsachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrades ihres eigenen Staates ermächtigt und von der gemäß Artikel II bestimmten amtlichen Stelle dieses Staates bevollmächtigt sind.

(2) Die Vollmacht ist der amtlichen Stelle des zu besuchenden Staates im voraus schriftlich zuzuleiten. Dabei sind Umfang und Dauer der Vollmacht sowie der höchste Geheimhaltungsgrad anzugeben, auf den sich die Ermächtigung erstreckt.

(3) Jeder Besuch ist im voraus der amtlichen Stelle des zu besuchenden Staates anzumelden, die für eine rechtzeitige Unterrichtung der betreffenden Einrichtung Sorge trägt. In der Anmeldung ist anzugeben, zu welchen Angelegenheiten dem Besucher Verschlußsachen zugänglich gemacht werden können.

Artikel V

(1) Gehen Verschlußsachen verloren oder werden sie ohne Ermächtigung in dem Staat, an den sie übermittelt worden sind, preisgegeben oder besteht der begründete Verdacht einer solchen unbefugten Preisgabe, so ist die amtliche Stelle des Ursprungsstaats unverzüglich zu unterrichten.

(2) In jedem der in Absatz 1 bezeichneten Fälle ist ausschließlich die Regierung des Empfangsstaats nach Maßgabe ihrer innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Bestimmungen dafür zuständig zu untersuchen, ob der Vorfall gegen die Gesetze und sonstigen Bestimmungen des Empfangsstaats verstößt, und einen derartigen Verstoß gegebenenfalls zu verfolgen; der Regierung des Ursprungs-

staats ist jedoch Gelegenheit zu geben, den zuständigen Behörden des Empfangsstaats alle Informationen vorzulegen, die für die Einleitung eines Verfahrens bezüglich dieses Tatbestands von Bedeutung sind. Die Regierung des Ursprungsstaats ist zu gegebener Zeit davon zu unterrichten, ob ein derartiges Verfahren eingeleitet worden ist oder nicht, und wie es gegebenenfalls ausgegangen ist.

(3) Geheimhaltungsbedürftige Informationen, die nach Maßgabe dieses Artikels übermittelt werden, genießen den gleichen Geheimhaltungsschutz wie alle sonstigen geheimhaltungsbedürftigen Informationen, die nach Maßgabe dieser Vereinbarung übermittelt werden.

Artikel VI

(1) Ohne vorherige Zustimmung der Regierung des Ursprungsstaats werden die Vertragsparteien Informationen, die den Bestimmungen dieser Vereinbarung unterliegen, niemandem mitteilen noch für andere als Forschungszwecke verwenden.

(2) Die Vertragsparteien wahren alle gewerblichen Schutzrechte, sonstige Rechte aus Erfindungen, Urheberrechte sowie Rechte Dritter, die im Zusammenhang mit nach Maßgabe dieser Vereinbarung übermittelten Informationen stehen.

Artikel VII

Alle nach Maßgabe dieser Vereinbarung ausgetauschten Informationen unterliegen mit dem Inkrafttreten des vorgeschlagenen endgültigen Übereinkommens über die Schaffung von Zusammenarbeitsvereinbarungen auf dem Gebiet der Isotopentrennung mittels des Gaszentrifugenverfahrens den einschlägigen Bestimmungen des endgültigen Übereinkommens. Die Vertragsparteien verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß diese Zusammenarbeitsvereinbarungen im Einklang stehen mit der Politik der drei Regierungen bezüglich der Nichtverbreitung von Kernwaffen und mit ihren internationalen Verpflichtungen auf diesem Gebiet sowie dafür, daß entsprechende internationale Sicherungsmaßnahmen auf diese Vereinbarungen Anwendung finden.

Artikel VIII

Die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs der Niederlande aus dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft werden durch diese Vereinbarung nicht berührt.

Artikel IX

Diese Vereinbarung gilt hinsichtlich des Königreichs der Niederlande nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs und hinsichtlich des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland nur für Großbritannien und Nordirland.

Artikel X

Diese Vereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft und gilt sodann für die Dauer von einem Jahr. Sofern nichts anderes vereinbart wird, bleibt der nach Maßgabe dieser Vereinbarung gewährte Schutz auch nach Beendigung der Vereinbarung für geheimhaltungsbedürftige Informationen und Unterlagen bestehen, die während der Laufzeit der Vereinbarung übermittelt wurden.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten diese Vereinbarung unterschrieben.

GESCHEHEN zu Almelo am 4. März 1970 in drei Urschriften, jede in deutscher, niederländischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Scheel
Leussink

Für das Königreich der Niederlande:
J. Luns
R. J. Nelissen

Für das
Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland:
Anthony Wedgwood Benn
Chalfont

Bn 112100 6. 71